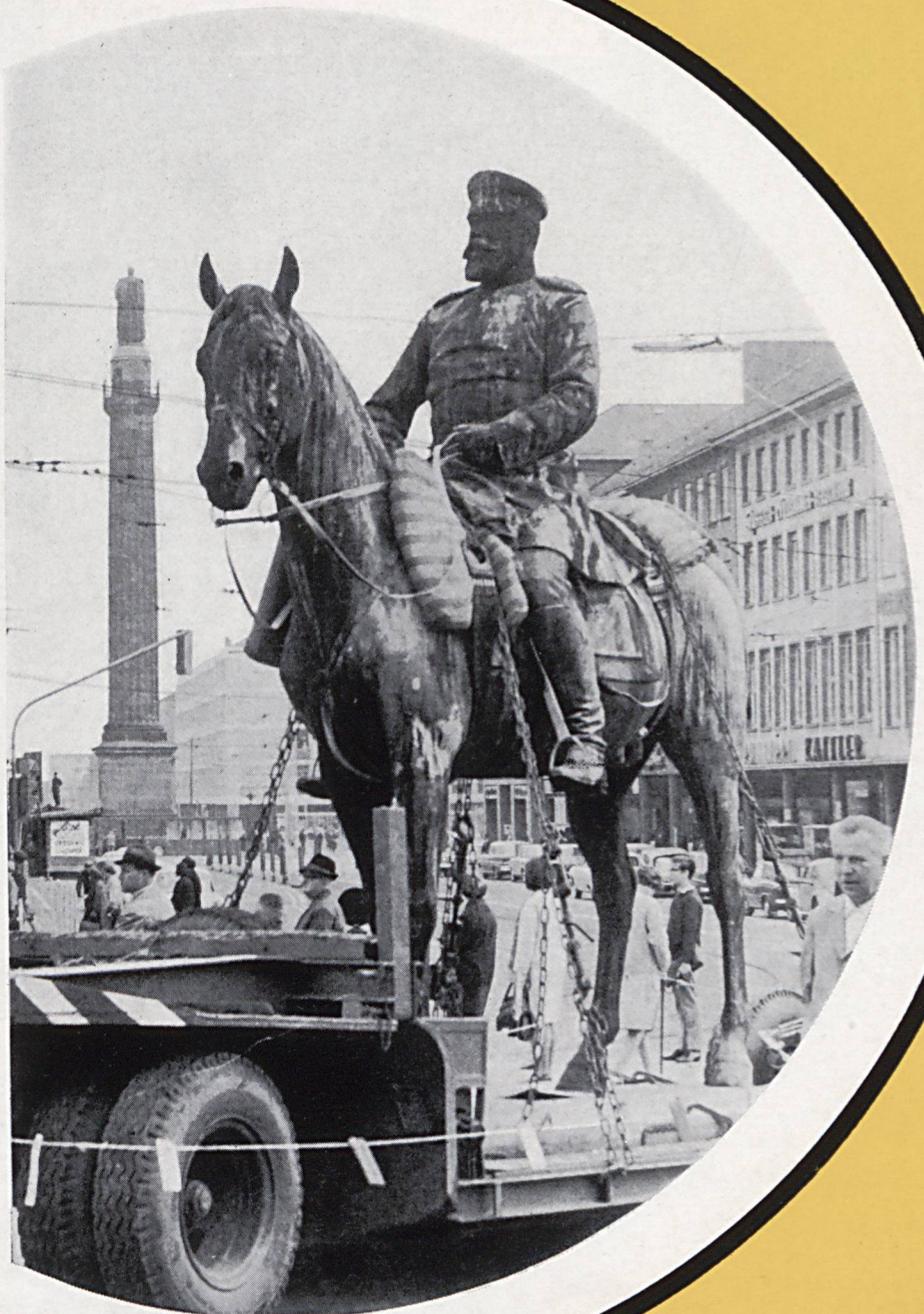


die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
Juli 1967 15. Jahrgang DM 0,60 1 F 2824 F

89

Abtransport
der Ideale



INHALT

- 1 Berliner Presse
- 3 Rede
- 4 Polizei-Interview
- 5 Berlin-Nachtrag

- 6 Krankenkasse
- 7 Studentenarzt
- 10 SKVD
- 11 Gebührenerlaß
- 13 Honnef

- 14 Interview
- 17 Satzung
- 19 Notstand
- 20 Glosse
- 21 Sport
- 23 Merck-Preisträger
- 24 Experimenta
- 26 Waldeck
- 27 Industrie-Physiker
- 28 Pornosophie
- 29 Hochschulfest
- 31 Bücher

Der Postauflage ist die Sonderausgabe der darmstädter studentenzeitung vom 7. 6. 67 beigelegt.

Bild: AP-Darmstädter Echo

Die Innenseiten dieser Ausgabe wurde auf Papier der Firma Scheufelen, Oberlenningen, gedruckt.

Der Umschlagkarton (Windmühle-Original-Kunstdruck weiß h'altig gl. satiniert) wurde freundlicherweise von der Firma August Koehler AG, Oberkirch, gespendet.

Fotos: Titel do; S. 5 Henschel (4), do; S. 25 A. Tüllmann

Zeichnungen: S. 22 C. Gürsching; S. 26 Gertrude Degenhardt; S. 28 do/toth

„Was sich gestern in Berlin abgespielt hat, ist so erschütternd und beschämend, daß man kaum eine Erklärung dafür finden kann. Berlin hatte bisher den Ruf einer fleißigen, arbeitsamen Stadt... Eine Minderheit ist auf dem Wege, diesen Ruf zu zerstören. Sie will Berlin in ein Rabaukennest verwandeln... Es sollte jetzt endlich die arbeitende Bevölkerung sein, die sich das zügellose Treiben jener Jüngeren verbittet... Was gestern in Berlin geschah... war kriminell... Diese Leute können von der Bevölkerung kein Verständnis mehr erwarten... Wer Anstand und Sitte provoziert, muß sich damit abfinden, von den Anständigen zur Ordnung gerufen zu werden. Die Anständigen dieser Stadt sind aber jene Massen der Berliner, die Berlin aufgebaut und Berlins Wirtschaft angekurbelt haben. Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein...“

Man sollte meinen, den „Völkischen Beobachter“ gelesen zu haben; allein, dies ist die Sprache der BZ, das Bild, das Berlins größte Zeitung von den Studenten malt. Hier wird die Spannung deutlich, die zwischen der Bevölkerung und den Studenten herrscht, ein Wall von aufgestauten Vorurteilen, gegen den anzulafen sinnlos, ja verrückt scheint. So war der Tod Benno Ohnesorgs nicht etwa der Tiefpunkt eines Konflikts zwischen den akademischen Bürgern und der Regierung, er war vielmehr das Ergebnis einer Entwicklung, die beschleunigt worden ist von einer manipulierten Presse. Diese

hat den traditionellen Bildungs- und Sozialkomplex der Bevölkerung gegenüber den als privilegiert geltenden Studenten zu einem Haß gesteigert, der sich schließlich entladen mußte. Mehr noch: geschickt nutzte die Presse die gesellschaftspolitische Uneinigkeit zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und jener Minderheit aus. Ist doch das Gesellschaftskonzept der Bundesrepublik eine Forderung nach einer Interessenharmonisierung: jeder hat seinen Platz im großen Ganzen zu haben und zu halten. Nur so sei ein reibungsloser Ablauf garantiert. Stellt eine Minderheit dieses Bild nunmehr in Frage, so gerät der Fahrplan der Gesellschaft durcheinander. Diese reagiert „normal“, indem sie im „Interesse der Gemeinschaft“ die „entfremdeten Elemente“ diskriminiert. Da die Unbeweglichkeit der Gesellschaft von Regierung und Presse nicht überwunden, sondern geradezu gepredigt wird, ist es nicht verwunderlich, daß eine Minderheit massiven Druck auf die Mehrheit auszuüben versucht.

So ist es zu verstehen, daß eine Zeitung von „Anständigen“ und „Kriminellen“ sprechen kann, ja, in Berlin damit auf Zustimmung stößt; denn gerade diese Stadt fordert mehr als alle anderen Loyalität.

Die Bevölkerung Berlins ist verhältnismäßig überaltert, ihr politisches Bewußtsein hinter der weltpolitischen Entwicklung zurückgeblieben, eine Verkrampfung, die nicht zuletzt trauriges Verdienst der Springer-Presse ist. Die Bürger leben zum größten Teil in einer

Gert Cobler

FU-CHINESEN

DIE DARMSTÄDTER STUDENTENZEITUNG NR. 89

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentl. Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309.

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80), für Mitglieder der Vereinigung von Freunden der THD (Hochschulgesellschaft) frei. Erscheinungsweise: dreimal im Semester (April, Juni, Juli; November, Dezember, Februar).

Chefredakteur: Wolfgang Mengel (verantwortlich); Redaktion Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Fritz Förster (ff), Bernd Graßmugg (gg), Falk Rieß (fari); ständige Mitarbeiter: Hartmut Bauer (pay), Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Kurt Komp (kko), Ulf Kauffmann (kf), Wolfgang Straub (ws), Walter P. Welzel (wl), Hans Weidner, Herbert Werkmann (hw).

Chefs vom Dienst: Knut Feiert, Fritz Förster.

Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240.

Panikstimmung. Doch fühlen sie ihre Existenz weniger von den Kommunisten außerhalb West-Berlins bedroht, als von den Intellektuellen, einer „neuen Linken“, die sie noch nicht durchschaut haben (Erhard: „Alles Pinscher und Uhus!“). Wie sollten sie auch, wo ihnen doch tagtäglich verkündigt wird: Wer nicht wie alle Berliner Antikommunist ist, sondern Kommunist, oder was noch viel verwerflicher ist, Anti-Antikommunist, der gehört nicht „zu uns“: „... Diese Haltung (die des Antikommunismus, Anm. d. Verf.) ergibt sich zwangsläufig aus einer Gesinnung, die auf Freiheit und Würde besteht. Wer sich abgestoßen fühlt von organisierter Lüge, methodischer Demütigung, ... nimmt ganz von selbst die Haltung des Antikommunismus ein; ...“ (Mathias Walden, Die Welt, 2. 6. 67) – zynischer kann ein Springerredakteur wohl kaum noch schreiben.

Nestbeschmutzer

All diese Leute sitzen nun in einem Boot, das durch die „rote Flut“ – BILD-Jargon für DDR – treibt. Das ging solange gut, wie die Studenten bereit waren, eine politische Einheit mit den anderen Bürgern der Stadt zu zeigen. Als sie gegen die Niederschlagung des Ungarnaufstandes demonstrierten oder als Fluchthelfer agierten, wurden sie von der Presse und deren Lesern verhätschelt. „Berlins Studenten, die sind richtig“. Doch plötzlich waren Berlins Lieblinge gar nicht mehr so angenehm. Sie demonstrierten mit einem Mal gegen Zustände diesseits der Mauer und durchbrachen das Gemeinkonzept des Seid-doch-nett-zueinander. Die Berliner wurden unruhig, die Presse warnte – „Nestbeschmutzer“. Als mehrere tausend Studenten schließlich gegen die amerikanische Vietnampolitik demonstrierten, war es ganz aus. Es ging nicht an, daß die Garanten der Freiheit Berlins, die Beschützer der Arbeitsplätze und Schrebergärten angegriffen wurden. Der größte Teil der Bevölkerung begriff nicht Sinn und Inhalt dieser Proteste. Er war ungenügend oder sogar falsch informiert und schloß sich Springer an: „Die Äußerungen Lefèvres, wonach die US-Regierung als Verbrecher bezeichnet wird, müssen nackt und nüchtern betrachtet werden, als das, was sie sind: Ein ernster Angriff auf die Lebensfähigkeit Berlins“ (Morgenpost, 1. 6. 67). Berlin und alles, was damit zusammenhängt, ward längst zum Tabu erklärt. Regierung und Bewohner ließen sich diesen „Dolchstoß“ auch nicht gefallen – der „Ruf der Hauptstadt“ war schließlich

gefährdet. Springer kannte die Mentalität seiner Leser und machte sich zum Sprachrohr der Regierung: Die Störenfriede in unserer Mitte handeln im Auftrag der Kommunisten; die „Drahtzieher“ sitzen in Pankow. „In Berlin gab es bisher Terror nur östlich der Mauer. Gestern haben böartige und dumme Wirrköpfe zum ersten Mal versucht, den Terror in den freien Teil der Stadt zu tragen“ (BILD, 3. 6. 67). Diese Springerwahrheit, die schon immer jede Kritik am Establishment zu kommunistischer Unterwanderung abqualifiziert, fand natürlich ihren Niederschlag in der Bevölkerung. Systematisch wurden die Studenten nun verketzert. Sie waren Aussätzige, die nicht länger geduldet werden durften. Verbalinjurien ersetzten die Argumente. Die Skala reichte von „Lenins Zweckidioten“ über „Krakeeler“, „Anheizer“, „geschulte kommunistische Straßenkämpfer“, „törichte Quertreiber und Radaumacher“ bis zu „FU-Chinesen“. Nicht genug damit – Springer erklärte den Nicht-Anständigen den Krieg; er wußte den Großteil der Bevölkerung auf seiner Seite. „Die Überwindung der radikalen Elemente ... ist eine Angelegenheit der gesamten Bevölkerung. Helft der Polizei, die Störer zu finden und auszuschalten“ (BZ, 3. 6. 67).

Denkt an die Mauer

Das BILD-Volk johlte und schrieb begeistert Leserbriefe: Sie wollten sich beim Schah entschuldigen, diesem „Bilderbuchkaiser, der Frauenherzen höher schlagen läßt“ (BZ) und bei seiner entzückenden Gattin, deren „Mutterstolz aus Farahs Mandelaugen blickt“ (BILD). Pharisäerhaft versicherte die NEUE POST, Informationsquelle der deutschen Kaffeereutner, was Albertz auch schon tat: „... die wahren Berliner empfangen Kaiserin Farah anders ... Sie machten keinen Lärm...“ Nicht genug damit. Bewußt rüttelte sie am Herzen der Durchschnittsberliner: „als der Schah und Farah auch die Mauer sehen konnten, da lag in den Augen der Berliner die Bitte: ‚Denkt immer an die Mauer; denkt immer daran, daß unsere Stadt geteilt ist! Helft mit, daß diese Mauer niedergewissen wird.‘“

Die Leserschriften wurden deutlicher: „Entweder endlich mit eisernen Besen auskehren, oder die Universitäten schließen.“ – „Volksabstimmung, ob Berlin unter diesen Umständen überhaupt noch Universitäten haben will.“ Hätten es viele Berliner vermocht, sie wären mit Handtaschen und Regenschirmen auf die Demonstranten losge-

gangen. Diese Arbeit nahm ihnen die Polizei ab. Eine Polizei, die geschult ist, kommunistische Sabotageakte im Keim zu ersticken. Die ständigen Demonstrationen der Studenten gegen die bestehende Gesellschaftsordnung erschienen den Beamten dann aber doch zu links. Sie schluckten hastig das städtische Freibier, griffen zum Knüppel und schlugen zu, wie sie es gelernt hatten. Wenige Tage später lasen die Bürger das folgende Plakat an den Litfaßsäulen:

„Berlinerinnen und Berliner! Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die Gewerkschaft der Polizei appelliert an Eure Solidarität mit unserer Polizei. Ihr habt in guten und schlechten Zeiten zusammen gestanden. Ihr wart es, die gemeinsam mit unseren alliierten Freunden und unserer Polizei in den schwersten Jahren 1946, 1948, 1953, 1958, 1961 die Freiheit dieser Stadt erhalten habt. Die Berliner Polizisten sind unsere Söhne. Sie fühlen sich immer mit Euch für das Wohlergehen dieser Stadt verantwortlich, im Gegensatz zu einer Minderheit von Radikalen, die seit Monaten unter Mißbrauch der Demonstrations- und Meinungsfreiheit die Berliner Bevölkerung terrorisierte. Wer mit Gewalt die Rechtsordnung unseres Landes untergraben und unsere Gesellschaftsordnung beseitigen will, hat das Recht verwirkt, sich auf demokratische Freiheiten zu berufen. Es sollte daher für alle Berliner eine Selbstverständlichkeit sein, gemeinsam mit dem Senat und der Polizei gegen diese Konflikte vorzugehen, die den guten Ruf unserer Stadt gewissenlos ruinieren... Wehren wir den Anfängen! Wir Bürger dieser Stadt, ob Arbeiter, Angestellter, Beamter oder Selbständiger sind für das Wohl und den guten Ruf unserer Stadt verantwortlich. Treten wir daher gemeinsam jenen Kräften entgegen, die das Maß der Meinungsäußerung bei weitem überschreiten... Die Polizei ist ein Teil der Bevölkerung Berlins. Diese Einheit läßt sich nicht erschüttern.“ Die Mittel der Polizei waren damit gerechtfertigt. In jedem Fall war der Einsatz der „Bewahrer und Hüter“ (Telegraf) nötig. Das meinten auch die BILD-Leser, die zu einem BILD-Bericht – „Erst Glanz und Jubel, dann Hiebe und Blut“ – schrieben: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.“ Die deutsche Hauptstadt probte den Notstand – „diese Bürgerschaft will die Demokratie als Alibi für den nicht stattfindenden Austrag der politischen Probleme“ (Prof. v. Hentig) – die Berliner sehen vor lauter Freiheitskampf die Freiheit nicht mehr.

Martin Stöhr
Studentenpfarrer der ESG

REDE ZUM TRAUERMARSCH

Zum ersten Mal nach 1945 wurde ein Student bei politischen Demonstrationen von der Polizei erschossen.

Wir sprechen seiner Witwe und seinen Angehörigen unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme aus. Dieser Tod verpflichtet uns, über die berechtigten Gefühle der Empörung und der Trauer, über unsere Anklagen gegen Brutalität und autoritäres Denken und Handeln hinauszugehen. Wir müssen präzise zu erkennen versuchen, worum es geht und worum es nicht geht. Neben den uns allen bewegenden Ereignissen in Nahost beherrschen die Berliner Vorgänge die Diskussion der Studenten und der Öffentlichkeit. Was in Berlin geschah, verdient toderntst genommen zu werden.

Unser Gedenken gilt in dieser Stunde auch den vielen schwerverletzten Studentinnen und Studenten, über deren Zahl aus unbegreiflichen und vielleicht leider doch begreiflichen Gründen nicht Auskunft gegeben werden darf. Es ist skandalös, daß genau acht Tage nach der Erschießung Benno Ohnesorgs ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit noch immer nicht genau weiß, was den Demonstrationen vorausging, wo ihre tieferen Ursachen liegen und was vor acht Tagen geschah. Das hängt auch damit zusammen, daß ein großer Teil nicht nur der Berliner Presse einem Mann gehört, der, obwohl er in der vergangenen Woche das große Bundesverdienstkreuz „für besondere Verdienste um Volk und Staat“ erhielt, die Leser nicht genügend ins BILD setzt und manches in der WELT nicht so erscheinen läßt, wie es wissenwert ist. Ich spreche von Axel Springer.

Die Reaktion vieler Bürger in Berlin, aber auch hier in Darmstadt, erfüllt uns mit Sorge. Ich habe es in Berlin selbst erlebt, wie viele schadenfroh oder haßerfüllt meinten, es sei noch viel zu wenig geprügelt worden, die Studenten müßten studieren, gehorchen und sich benehmen lernen. Ausländische Beobachter sprachen von einer Pogromstimmung gegen eine

Minderheit. Wer die Ergebnisse der Vorurteilsforschung kennt, sieht hier klassische Beispiele von Gruppenvorurteilen einer Minderheit gegenüber. Man darf nicht vergessen: Die Entstehung solcher Vorurteile und ein Übermaß an Gehorchenkönnen, verbunden mit einem Minimum an Zivilcourage zum Widerspruch waren schon einmal in Deutschland der Anfang einer politischen Katastrophe.

Mit Freude habe ich deswegen in Zeugnisaussagen zusammengeschlagener Studenten gelesen, daß einige Polizisten sich human verhielten. Die Differenzierung tut not. Dem verlogenen Schlagwort „die Studenten“ kann nicht mit dem verlogenen Schlagwort „die Polizisten“ geantwortet werden. Was Senatssprecher und ein Teil der Presse als Radaubröder, Krakeeler und Kommunisten diffamierten, sind Randfiguren und winzige Gruppen in einer nach Tausenden zählenden Schar ruhig und deutlich demonstrierender und diskutierender Studenten. Von den Übergriffen derer, die nur ein Happening, nur den Krawall suchten, haben sich die offiziellen Sprecher der Studenten mit Recht immer distanziert. Aber man nahm es kaum zur Kenntnis. Eine Unterscheidung hätte dazu gezwungen, nachzudenken, anstatt zu verurteilen. Die Freie Universität ist entstanden aus dem studentischen Protest gegen die Unfreiheit an der Ostberliner Humboldt-Universität. Sie sieht die Mitverantwortung der Studenten für die gesamte Universität vor, die nicht mehr nur durch die Professoren repräsentiert wird. Die Bevölkerung war weitgehend einverstanden, solange sich studentische Proteste gegen den Osten richteten. Man nahm erst übel, als daneben auch auf die kritischen Punkte der eigenen Hochschule, der eigenen Gesellschaft und der freien Welt hingewiesen wurde. Wenn alle Welt Ulbricht und sein stalinistisches Regime verurteilt, dann tun die Studenten nichts besonderes, wenn sie hier einstimmen. Den Spielraum demokratischer, öffentlicher Verantwortung aber ganz wahrzunehmen, heißt Unrecht und Terror überall beim Namen zu nennen.

Offensichtlich wollte der jetzt beurlaubte Polizeipräsident Duensing ein Exempel statuieren, nachdem der Schah am vergangenen Freitag in der Oper verschwunden war. Er ließ den Platz vor der Oper brutal räumen. Er sprach von einem „Kampfauftrag“. Falsche Meldungen an die Polizei, nämlich: ein Polizist sei erstochen worden; an das Krankenhaus: Benno Ohnesorg habe einen Schädelbasisbruch; an die Öffentlichkeit in drei verschiedenen, immer falschen Darstellungen über

den Tod Ohnesorgs haben das Vertrauen in die Senatsspitze schwer erschüttert, haben berechtigte Rücktrittsforderungen ausgelöst und die Öffentlichkeit irregeführt.

Wer nicht will, daß Deutschlands Bürger unterschiedslos jedem Staatsbesucher zujubeln, gleichgültig, ob er Demokrat oder Diktator ist, wird es begrüßen, wenn Tausende von Berliner Studenten Kennedy oder dem Physiker Otto Hahn und C. F. v. Weizsäcker zujubelten, aber einen Diktator wie den Schah oder dem Vertreter der in Vietnam kriegführenden USA den Jubel verweigern. Stattdessen fragen sie, weisen auf unbekannte Fakten hin, provozieren, auf deutsch: rufen hervor das Nachdenken in einem Volk, das in seiner Geschichte zuviel bewußtlos gejubelt hat und zu wenig politische Kritik geübt hat.

Wer nicht will, daß in Deutschland die Demokratie – und zu ihr gehören als legitime Mittel Demonstrationen und Opposition (man vergißt es fast!) – zu einem Wort für Feierstunden wird, der wird es begrüßen, wenn Studenten die Hochschulen und Behörden unserer Gesellschaft hartnäckig befragen, ob sie auch demokratisch handeln und ob sie demokratisch organisiert sind.

Wer nicht will, daß alle Gewalt vom Volk ausgeht und dann weg ist, weil sie sich in den Amtsstuben oder in wirtschaftlicher Macht konzentriert hat, der freut sich, daß von der Gewalt des Volkes auch auf den Straßen und in Versammlungen etwas zu spüren ist. Wer Sorge hat, daß der Bürger heute immer mehr manipuliert wird und seine Ideale im Fernsehphantom und in konsumbewußter Haltung vertritt, der freut sich über Menschen, die auf Unrecht, z. B. in Griechenland, Persien oder Vietnam, auf drohende Gefahren einer Notstandsgesetzgebung oder einer Pressekonzentration hinweisen. Die Diskussion darüber ist lebensnotwendig für die Demokratie. Diese Diskussion muß in Gang kommen.

Die Demokratie wird von denen zerstört, die ihre vielen Möglichkeiten nicht benutzen, sondern in einem polizeistaatlichen oder bürokratischen Denken nur mit überkommenen Ordnungen unsere Zukunft gestalten wollen. Demokratie ist ein Gebrauchsgesamt und kein Zierat.

Es gilt die Gruppe der Nachdenklichen auf Kosten der Gruppe aller Gleichgültigen zu vergrößern. Die Zahl der kritischen Menschen muß im Verhältnis zur Zahl der Mitläufer größer werden. Die Gruppe der Handelnden muß wachsen auf Kosten der Zahl derer, die sich nur treiben lassen. Hier liegen gemeinsame Aufgaben der Studenten und der Nichtstudenten.

Hartmut Bauer / Falk Rieß

AKTUELLES INTERVIEW

mit dem Darmstädter Polizeipräsidenten Peter Bernet
und Polizeirat Ludwig Metz

dds: Uns interessieren zunächst einmal die Vorschriften, die die Polizei bei ihrem Einsatz hat.

B.: Die Polizei hat grundsätzlich zwei Hauptaufgaben: erstens die Gefahrenabwehr zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zweitens die ihr zugewiesenen Aufgaben im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nach der Strafprozeßordnung. Grundlagen für das Einschreiten der Polizei zur Gefahrenabwehr bilden die Polizeigesetze, bei uns das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und das Hessische Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs.

dds: Das sind also Landesgesetze?

B.: Ja. Daneben gibt es zahlreiche Vorschriften für beide Aufgabengebiete: Gesetze, Verordnungen, ministerielle Erlasse, Dienstweisungen. Um die komplizierten und vielfältigen Vorschriften zu erlernen, ist eine umfangreiche Ausbildung notwendig. Die an sich vorgesehene Ausbildungszeit beträgt vier Jahre, aber wegen des außerordentlichen Personalmangels müssen wir uns zur Zeit mit weniger, in der Regel mit zwei Jahren begnügen. Der Polizeibeamte wird jedoch während seiner ganzen Dienstzeit weiter geschult, auch unter modernen polizeitaktischen und psychologischen Gesichtspunkten.

dds: Sind die Polizeigesetze regional verschieden?

B.: Die Polizeigesetze in den einzelnen Bundesländern sind sich im allgemeinen recht ähnlich, besonders in der sogenannten Generalklausel. Sie lautet in etwa: Aufgabe der Polizei ist es, im Rahmen der geltenden Gesetze die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um Gefahren vom Einzelnen oder der Allgemeinheit abzuwehren, oder bereits eingetretene Störungen der öffentlichen Ordnung zu beseitigen. Diese Generalklausel fehlt in Bayern; dort ist im einzelnen aufgezählt, was zu den Aufgaben der Polizei gehört.

dds: Welches sind die Mittel, die zur Erfüllung der in der Generalklausel genannten Aufgaben dienen?

B.: Diese Mittel sind uns genau vorgeschrieben. Wir können Verwaltungsakte erlassen, Zwangsgeld verhängen, Ersatzvornahme anordnen, gebührenpflichtige Verwarnungen erteilen oder Anzeige erstatten und Bußgeldbescheide erlassen. Von der gebührenfreien Verwarnung, von Belehrung usw. machen wir sehr viel Gebrauch. Man kann letztlich – das ist das am tiefsten eingreifende Mittel – unmittelbaren Zwang anwenden.

Alle Maßnahmen der Polizei müssen sich an der Frage der Verhältnismäßigkeit orientieren: „Bei der Anwendung unmittelbaren Zwangs ist nach Art und Maß das Mittel zu wählen, das den Betroffenen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt und nicht in offenbarem Mißverhältnis zu den Folgen seines Verhaltens steht. Die beabsichtigte Maßnahme ist, wenn es die Lage zuläßt, unmittelbar vor ihrer Durchführung anzudrohen.“

dds: Glauben Sie, daß dieser Grundsatz in Berlin immer und überall angewendet wurde?

B.: Das ist eine Frage, die ich mit gutem Gewissen nicht richtig beantworten kann. Ich war nicht in Berlin, ich kenne nur Presseberichte. Der Polizeipräsident von München zum Beispiel ist nach diesen schrecklichen Ereignissen mit mehreren Mitarbeitern nach Berlin geflogen, die den Auftrag haben, eingehende Befragungen der Studentenschaft und der Behörden vorzunehmen. Das Ergebnis wird dann vom psychologischen Dienst des Polizeipräsidentiums der Stadt München ausgewertet und sicherlich auch uns zugänglich gemacht.

Nun zu den Vorfällen selbst. Was ich möglicherweise anders gemacht hätte: Ich hätte versucht, durch geeignete Absperrungen zu unterbinden, daß es überhaupt zu Ansammlungen in diesem Raume gekommen wäre, um auf diese Weise eine Entschärfung der recht gespannten Situation zu erreichen. Meine Linie hier in Darmstadt geht dahin, von vornherein so zu agieren, daß es niemals zu der Anwendung unmittelbaren Zwangs kommt. So haben wir z. B. in Darmstadt in den

letzten vier Jahren nur ein einziges Mal eine Versammlung verbieten müssen, das war eine Versammlung der AKON (Aktion Oder-Neiße), weil schwere Unruhen zu befürchten waren.

Wenn sich jeder an die demokratischen Spielregeln hält, kann es eigentlich nicht schiefgehen. Mit Steinen und Waffen und Schlägereien kann man nach meiner Überzeugung allerdings keine Demokratie praktizieren.

dds: Bei politischen Demonstrationen kommt es sehr leicht zu Zwischenfällen.

B.: Das kommt darauf an. Wir haben in Darmstadt in letzter Zeit sehr viele „Demonstrationen“ gehabt. Sie sind eigentlich meines Erachtens zur großen Zufriedenheit der Studenten verlaufen.

M.: Unsere Überlegungen sind getragen vom Geist des Versammlungsrechtes und nicht zum Beispiel von verkehrspolizeilichen Bedenken, obgleich wir uns dabei immer den Unwillen der Verkehrsteilnehmer eingehandelt haben.

B.: Ich habe hier den Grundsatz: Es kann jeder demonstrieren; wenn er sich an die demokratischen Spielregeln hält, wird er von uns weitgehend unterstützt. Das ist sogar unsere Pflicht.

dds: Eine andere Frage: Wann darf ein Polizist von seiner Schusswaffe Gebrauch machen?

B.: Da ist zunächst einmal der Fall der Notwehr. Im übrigen bestimmt das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs: „Von der Schusswaffe darf in jedem Falle nur Gebrauch gemacht werden, wenn andere Mittel erfolglos angewendet worden sind oder ihre Anwendung offensichtlich nicht zum Ziele führt. Das Ziel des Schusswaffengebrauchs darf nur sein, angriffs- oder fluchunfähig zu machen... Der Schusswaffengebrauch ist nur zulässig: 1. gegen Personen, die bei der Ausführung einer strafbaren Handlung, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt, auf frischer Tat betroffen werden oder dringend verdächtig sind, ein Verbrechen begangen zu haben und sich der erfolgten oder bevorstehenden Festnahme durch Flucht zu entziehen versuchen, oder eine Aufforderung, Waffen oder andere gefährliche Werkzeuge abzugeben, nicht Folge leisten oder sich anschicken, sie ohne Erlaubnis wieder aufzunehmen... 4. gegen eine Menschenmenge, aus der Gewalttätigkeiten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen, wenn die Anwendung

Fortsetzung Seite 20

AUS DER „NEUEN WELT“

19. 6. 67

Studieren statt demonstrieren
meine Herren Studenten!!!

Aus der meistgelesenen Wochenzeitung:

Mit den Studenten rechne ich hier ab. Der durch Kopfschuß getötete Student Benno Ohnesorg... hatte noch kein abschließendes Examen. Er studierte. Und studierte. Und studierte. Hätte er es doch getan! Vielmehr war es leider so: Er demonstrierte. Für wen? Für was? Als er getötet wurde, demonstrierte er gegen den Schah von Persien. Was aber hat der Schah mit dem Studium von Benno Ohnesorg zu tun? Oder mit dem Studium von irgendeinem deutschen Studenten?

Der Student Benno Ohnesorg war verheiratet. ... Seine Frau erwartet ein Baby. ... Sie ist auch Studentin. Sie studiert und studiert und studiert. Hätte sich der Student Benno Ohnesorg mir anvertraut, bevor er zum Demonstrieren gegen den Schah aufbrach, ich hätte ihm sehr wahrscheinlich das Leben gerettet. Weil ich ihm kategorisch gesagt hätte: „Setz Dich hinter Deine Bücher. Pauke. Sieh zu, daß Du was wirst. Du hast eine Frau und bald hast Du ein Kind. Wir – die Steuerzahler – müssen mit riesigen Aufwendungen für die Unterhaltung der Universitäten und Studienplätze aufkommen. ... Wir wollen fleißige Studenten für eine vernünftig lange Zeit gern mit unseren Steuergeldern unterstützen. Aber wir pfeifen darauf, ganze Studentenfamilien mit durchzuschleppen. Pauke, mache Deine Prüfungen und arbeite endlich in einem Beruf, Benno Ohnesorg! Und laß den Schah in Ruhe. Er geht Dich nichts an. Wie der Schah von Persien in der Bundesrepublik zu behandeln ist, das müssen wir den von uns gewählten Politikern schon überlassen. Sie, Benno Ohnesorg, sind von uns nicht gewählt worden. Und Ihre seltsamen Freunde auch nicht. Nehmen Sie Ihre Bücher und arbeiten Sie, damit Sie was Anständiges werden.“

Das hätte ich ihm gesagt. Und wenn er auf mich gehört hätte, so lebte er heute noch. Und wäre bald im Stande gewesen, für seine Familie zu sorgen, die er gegründet hat, obwohl er noch gar keinen Beruf hat, und obwohl er auf der Straße gröhlte, statt fleißig zu sein.

Wir lassen unsere Studenten nicht unter Opfern der Steuerzahler studieren, damit wir dumme Schreier auf der Straße haben. ... Wir haben den Studenten kein politisches Mandat gegeben.

Die Studenten schulden der Öffentlichkeit nun wieder Beweise von Vernunft und Fleiß. Sonst müßte einem ja angst und bange werden von der „akademischen Elite“ von morgen.



KLAGE TUT NOT

Wissen Sie, warum eine Befreiung von der Studentischen Krankenversorgung (SKVD) nicht mehr möglich ist? Wissen Sie, warum Sie als RVO- oder Ersatzkassen-Versicherter zwar pro Semester DM 24,- an die SKVD zahlen, ohne diese (von wenigen Ausnahmen abgesehen) je in Anspruch nehmen zu dürfen?

Wir wollen versuchen, den verschlungenen Wegen der Ministerialbürokratie in Sachen Krankenversorgung nachzugehen und zu klären, warum eine Befreiung von der Krankenversorgung nicht mehr möglich ist. Weiterhin wollen wir zeigen, wie eine Befreiung wieder erreicht werden könnte.

Von der DSKV zur SKVD

Bis 1963 bestand in Darmstadt eine örtliche Krankenversorgung nach dem Bedürftigkeitsprinzip; Versicherungsschutz wurde nur bedürftigen Studenten in sehr bescheidenem Umfang gewährt. Im Sommersemester 1963 bemühten sich Studentenwerk und AStA, die studentische Krankenversorgung neu zu regeln. Von dem Bedürftigkeitsprinzip sollte abgegangen und die Leistung der Versicherung verbessert werden. Gleichzeitig sollte eine Befreiung für bereits anderweitig versicherte Studenten erreicht werden. Nachdem in zähen Verhandlungen mit der Deutschen Studenten-Krankenversorgung (DSKV) eine Befreiung der RVO- und Ersatzkassenversicherten erreicht werden konnte (für Privatversicherte konnte keine Einigung erzielt werden), trat das Studentenwerk Darmstadt im Herbst 1963 der DSKV bei. Das Kultusministerium duldet die vereinbarte Befreiung ohne Widerspruch.

Aufgrund dieser Regelung war es dann vom Wintersemester 1963/64 an fünf Semester lang möglich, daß RVO- und Ersatzkassenversicherte keinen Beitrag zur DSKV zahlen mußten.

Anfang 1966 trat das Studentenwerk aus der DSKV aus, weil diese ihre Beiträge erhöht hatte. In diesem Zusammenhang bemühte sich der AStA erneut, auch für eine Befreiung der Privatversicherten die Zustimmung des Kultusministeriums zu erlangen.

Sinneswandel im Kultusministerium

Antwort auf diese Bemühungen des AStA war ein Erlaß des Kultusministeriums vom 10. Februar 1966. Hierin heißt es lapidar:

- „Der Beitrag der Studenten . . . zur studentischen
- Krankenversorgung ist . . . kein Mitgliedsbeitrag. (Er
- dient zur Deckung aller Einrichtungen des Studentenwerks ohne Rücksicht darauf, ob sie von den Studenten tatsächlich in Anspruch genommen werden. . .“

Wie kam es zu diesem Erlaß des Kultusministeriums, nachdem das Ministerium die Befreiung fünf Semester lang geduldet hatte? Anlaß war offensichtlich die Klage eines

Studenten gegen das Studentenwerk Marburg vor dem Verwaltungsgericht Kassel. Dieser Student forderte die Befreiung von der DSKV, u. a. mit der Begründung, daß in Darmstadt eine Befreiung möglich sei.

In der Gerichtsverhandlung wurde auch ein Brief des Kultusministeriums vom 7. Dezember 1965 an den Kläger erwähnt. Das Ministerium erklärt hierin, eine Befreiung von dem Krankenversicherungsbeitrag sei nur aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Studentenwerk Marburg und der DSKV möglich. Diese Möglichkeit aber – nämlich eine Vereinbarung der einzelnen Studentenwerke mit der DSKV – machte das Kultusministerium mit seinem Erlaß zunichte. Diese Sinneswandlung des Kultusministeriums vollzog sich in nur zwei Monaten!

Das Urteil in dem Verwaltungsgerichtsverfahren wurde am 24. 2. 66 verkündet; der Erlaß wurde am 10. 2. 1966 herausgegeben. Wollte das Kultusministerium dem Gericht „Hilfestellung“ leisten? Das Gericht machte sich denn auch uneingeschränkt die Argumente des Kultusministeriums zu eigen. Die Klage wurde abgewiesen. Auf die Möglichkeit der Befreiung in Darmstadt ging das Gericht nicht ein; das Kultusministerium hatte ja inzwischen für „klare Verhältnisse“ gesorgt.

Zwangsversorgung für Alle

Warum also der Erlaß des Kultusministeriums, mit dem es sich in Widerspruch zu seinem Schreiben an den Kläger setzte? Sollte mit dieser Maßnahme der sich damals abzeichnende finanzielle Zusammenbruch der Studentenwerke aufgehalten werden? Wollte sich das Kultusministerium auf diese Weise seiner Verpflichtung gegenüber den Studentenwerken entziehen? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, daß sich das Kultusministerium plötzlich auf formaljuristische Positionen zurückzog, indem es sich auf das „Gesetz über die Studentenwerke des Landes Hessen“ berief. Hier heißt es: „Die Studentenwerke sind Selbsthilfeeinrichtungen. Sie fördern die Studenten wirtschaftlich und sorgen für deren Gesundheit.“ Aus „und sorgen für deren Gesundheit“ leitet das Kultusministerium eine Zwangsversorgung für alle Studenten ab, ohne Rücksicht darauf, daß rund 70% der Studenten anderweitig weitaus besser versichert sind. Darüber, daß es im ersten Teil des gleichen Paragraphen heißt „Sie fördern die Studenten wirtschaftlich“ setzt sich das Kultusministerium großzügig hinweg und ist zu keiner Einlassung über diese Aufgaben der Studentenwerke bereit. Wir glauben jedenfalls, daß die nutzlose Zahlung von z. Zt. DM 24,- pro Semester nicht in Einklang zu bringen ist mit der Pflicht der wirtschaftlichen Förderung der Studenten durch die Studentenwerke.

Letzte Möglichkeit: Klage

Der AStA hat sich lange um eine Änderung des Erlasses durch Verhandlungen im Kultusministerium und Petitionen bemüht. Die stereotype Antwort des Kultusministeriums war und ist der Verweis auf das Studentenwerksgesetz. Wir sehen keine andere Möglichkeit als eine Klage, notfalls durch alle Instanzen, die feststellt:

1. daß eine Befreiung von der SKVD nicht in Widerspruch zum Studentenwerksgesetz steht,

2. daß der einzelne Student – auch nicht aufgrund des Studentenwerkgesetzes – gezwungen werden kann, einer Krankenversorgung beizutreten, wenn er anderweitig weitaus besser versichert ist.

Die Kosten eines solchen Verfahrens sind gering. Der AStA-Vorstand des Jahres 1966 und das Studentenparlament hatten einen solchen Prozeß geplant. Gutachten – in ihrem Ergebnis vorsichtig optimistisch – wurden eingeholt, ein Rechtsanwalt wurde zugezogen. Inzwischen ist sowohl von dem neuen AStA-Vorstand als auch vom Parlament beschlossen worden, den geplanten Prozeß nicht zu führen. „Durch einen Prozeß sollten politische Lösungen zur Änderung des Erlasses nicht verbaut werden.“ Dies war im Januar dieses Jahres. Geschehen ist bisher nichts.

Wir halten eine „politische Lösung“, wie sie vom AStA-Vorstand angestrebt wird, für nicht erreichbar. Besonders, nachdem das Land Hessen in jüngster Zeit gezeigt hat, was es von den berechtigten Interessen der Studenten und der Hochschulen hält. Man sollte auch nicht glauben, einer „politischen Lösung“ nahe zu sein, wenn Kultusminister Schütte in einem Gespräch erklärt, in Fragen der Krankenversorgung stehe er ganz auf Seiten der Studenten, sein Ministerium aber immer wieder auf das Studentenwerkgesetz verweist.

Einzige Lösung scheint eine Klage zu sein. Natürlich ist der Ausgang dieses Prozesses ungewiß. Geht mit ihm aber die notwendige Öffentlichkeitsarbeit einher, dann könnte vielleicht erreicht werden, daß der Landtag und das Kultusministerium zur Änderung ihrer bisherigen Haltung gezwungen werden.

SO STUR SIND WIR JA GAR NICHT!

Helmut Dreßler sprach mit Studententarzt Dr. Weber

dds: Herr Dr. Weber, Sie sind Studententarzt hier in Darmstadt. Es wird in letzter Zeit über die studentische Krankenversorgung gesprochen. Man sagt, sie sei nicht ausreichend. Wie groß sind die Möglichkeiten eines Studententarztes, speziell hier in Darmstadt?

W.: Die Studenten-Krankenversorgung hat eine Gesundheitsdienstordnung, die jedenfalls volle Gewährung im Krankheitsfall leistet, so daß ein Student beispielsweise unbesorgt ins Krankenhaus gehen kann; die Leistungen der Studenten-Krankenversorgung sind so, daß er nicht unter finanzieller Not zu leiden hat, wenn er wieder zurückkommt.

dds: Im ersten und fünften Semester machen Sie Reihenuntersuchungen. Sind sie notwendig, und was sollen sie erkennen lassen?

W.: Die Pflichtuntersuchungen sind durch das Land Hessen ministeriell angeordnet. Diese Untersuchungen sollen den allgemeinen Gesundheitszustand der Studenten erkennen lassen.

dds: Kann man hoffen, das allgemeine Gesundheitsbild während solcher Reihenuntersuchungen – wobei die Studenten aufeinander warten – zu ermitteln? Auch Krankheiten, von denen der Student vorher nichts gemerkt hat?

W.: Ich stehe mit einer gut funktionierenden internistischen Praxis in Verbindung. Der Kollege ist ein versierter Internist. Wenn ich den Eindruck habe, daß noch andere Untersuchungen notwendig sind, schicke ich ihn unmittelbar zu diesem Kollegen.

dds: Man empfindet sie als Student, der hier 5 oder nur 3 Minuten lang anwesend ist bei der Untersuchung, als ziemlich flüchtig.

W.: Ich werde immer wieder deshalb angesprochen; doch ich mache keine Musterungsuntersuchung, sondern lediglich eine Untersuchung, um einzelne Studenten, die krank sind, einer eingehenden Untersuchung zuzuführen.

dds: In Ihre Kassenpraxis?

W.: Nein. Meine Kassenpraxis und die Tätigkeit als Studententarzt sind zwei ganz verschiedene Dinge; die halte ich streng auseinander. Natürlich halte ich meine Praxis für Studenten, beispielsweise für Bestrahlungen, bereit, oder wenn kleinere Eingriffe gemacht werden müssen.

Einerseits bin ich als Studententarzt im Rahmen der Gesundheitsdienstordnung tätig, andererseits auch für das Studentenwerk als Vertrauensarzt der Studenten-Krankenversorgung. Diese vertrauensärztliche Tätigkeit erstreckt sich auf Aussagen gegenüber Forderungen sowohl von Seiten der Krankenhäuser als auch seitens der Studenten, die über den Rahmen der Gesundheitsdienstordnung hinausgehen. Denn dort haben wir den § 13, der gewisse Krankheiten ausschließt. Und in dieser Hinsicht gab es schon erhebliche Schwierigkeiten mit Studenten, die operativ behandelt wurden, deren Krankheiten aber von uns nicht bezahlt werden konnten.

dds: Aber es ist immerhin merkwürdig, daß ein Paragraph regelt, welche Krankheiten man haben darf, um behandelt zu werden, und welche nicht.

W.: Das ist nicht wahr. So kann man das nicht interpretieren.

dds: Es ist etwas überspitzt gesagt.

W.: Wir müssen uns wohlweislich gegen Krankheiten in der Studenten-Krankenversorgung schützen, wofür wir eben nicht schuld sind. Wenn Leute Krankheiten mitbringen, dann können sie nicht erwarten, daß wir diese nun bezahlen.

dds: Wenn aber so eine Krankheit erst während des Studiums auftritt, wird das dann behandelt?

W.: Das liegt dann im Ermessen des Studententarztes. Aber grundsätzlich müssen wir uns von vornherein von diesen Krankheiten frei machen, damit nicht Leute kommen, wie es mir schon ganz persönlich ins Gesicht

Kranken- kasse Leistung	SKVD Studentische Kranken- versorgung Darmstadt	T K Technikerkasse	B E K Barmer Ersatzkasse	A O K Allgemeine Orts- krankenkasse
Ärztliche Behandlung	Kostenlos gegen Behand- lungsschein. Freie Arzt- wahl.	Kostenlos gegen Behand- lungsschein. Freie Arzt- wahl.	Kostenlos gegen Behand- lungsschein. Freie Arzt- wahl.	Kostenlos gegen Behand- lungsschein. Freie Arzt- wahl.
Arznei und Heilmittel	80 % des Rechnungsbe- trages	Volle Kostenübernahme bis DM 150,--. Darüber- hinaus 80 %. Rezeptgebühr 50 Pf.	Volle Kostenübernahme bis DM 150,--. Darüber- hinaus 80 %. Rezeptgebühr 50 Pf.	Volle Kostenübernahme bis DM 120,--. Darüber- hinaus 75 %. Rezeptgebühr 50 Pf.
Allg. zahnärztliche Behandlung	Volle Kostenübernahme bis zu DM 50,--/Semester Röntgenaufnahmen bis DM 22,-- pro Semester	Volle Kostenübernahme	Volle Kostenübernahme	Volle Kostenübernahme
Zahnkronen, Brücken, Stiftzähne	nichts	Bis DM 40,-- je Zahn	Bis DM 40,-- je Zahn	Bis DM 60,-- je Zahn
Inlay	nichts	Bis DM 20,-- je Zahn	gewährt Zuschüsse	nichts
Kieferorthopädische Behandlung	nichts	50-65 % der Bemessungs- grundlage	25 - 35 % der Kosten	DM 20,-- monatlich
Hilfsmittel	80 % des Rechnungsbe- trages ; max. DM 30,-- pro Semester. Keine Brillengestelle	Volle Kostenübernahme bis DM 150,--. Darüber- hinaus 80 % bis DM 800,-	Volle Kostenübernahme bis DM 150,--. Darüber- hinaus 80% bis DM 500,-- Dann 1/3 der Kosten	Volle Kostenübernahme bis DM 120,--. Darüber- hinaus 80% bis DM 600,-
Krankenhausaufent- halt	Volle Kostenübernahme der allg. Pflegeklasse Transportkosten bis DM 10,--	Volle Kostenübernahme für 78 Wochen in 3 Jahren für dieselbe Krankheit. Transportkosten voll. In der Privatklasse zu- sätzlich DM 6,-- tgl.	Volle Kostenübernahme der allg. Pflegeklasse Transportkosten voll	Volle Kostenübernahme für 78 Wochen in 3 J. für dieselbe Krankheit Transportkosten voll
Kuren	nichts	Volle Kostenübernahme in Vertragsheimen.	Volle Kostenübernahme in Vertragsheimen. Eigenbeteiligung DM 5,-- pro Tag	Kostenübernahme teil- weise bis voll
Sterbegeld	nichts	DM 275,--	DM 250,--	Wird gewährt. Höhe unterschiedlich
Psychotherapeutische Behandlung	nichts	Gewährt Zuschüsse	Gewährt Zuschüsse	Volle Kostenübernahme für kleinere Behand- lungen.
Beitrag für Studenten	DM 4,-- pro Monat	DM 9,-- pro Monat	DM 18,-- pro Monat	DM 18,-- pro Monat

gesagt worden ist, um in Deutschland behandelt zu werden, weil angeblich im Heimatland der Betroffenen die Ärzte nichts taugen. Das ist eine Einstellung, die ich nun absolut nicht akzeptieren kann.

dds: Andererseits, eine Ersatzkasse würde so etwas sicherlich zahlen, wenn der Student erst einmal aufgenommen ist.

W.: Es kommt darauf an, inwieweit die einzelnen Kassen sich dazu bereit finden. Wir aber sind eine Versorgung und keine Versicherung. Wir sind lediglich eine soziale Einrichtung für Studenten, die in Not sind. Und wir müssen damit spekulieren, daß die Leute jung und gesund sind, damit wir die Kranken mit dem Geld behandeln können, welches die Gesunden aufbringen.

dds: Es ist also eine Nothilfe, aber keine optimale Krankenversorgung?

W.: Ja, Nothilfe. Optimale Krankenversorgung haben wir aber schon. So kann man das nicht trennen. Wir geben Krankenscheine aus; der Kassenarzt draußen kann ohne weiteres auf unseren Schein von der SKVD behandeln. Er wird nach Einzelleistungen nach der Gebührenordnung hundertprozentig bezahlt.

dds: Es ist doch so: alle Studenten in Darmstadt sind in der SKVD, aber 60, 70 vielleicht 80% sind anderweitig versichert. Sie sind aber Zwangsglieder der studentischen Krankenversorgung. Finden Sie das gerecht, wenn Studenten diese Krankenversorgung objektiv nie in Anspruch nehmen können, und trotzdem zahlen müssen?

W.: Soweit mir bekannt ist, können Studenten ihre Kasse ruhen lassen und sich bei uns weiterversichern.

dds: Es ist also möglich, daß jemand dort weiter Mitglied bleibt, keinen Beitrag zahlt, und nach dem Studium die Versicherung wieder aufnehmen kann?

W.: Das sind verwaltungstechnische Angelegenheiten, um die ich mich eigentlich nie kümmere.

dds: Noch einmal zurück: Finden Sie es gerecht, daß die Mehrzahl der Studenten die SKVD nie in Anspruch nehmen, und daß sie trotzdem gezwungen sind, jedes Semester ihren Beitrag zu zahlen? Praktisch leben die ganz armen Studenten auf Kosten der nicht ganz armen Studenten, falls sie krank werden.

W.: Arme Studenten habe ich noch nicht getroffen. Auf den Parkplatz will ich nicht gucken. Arm in dem Sinn nach dem Film „Weil du arm bist, mußt du sterben“ gibt es gar nicht. Wenn einer überhaupt keine Mittel hätte, würde er trotzdem nicht bei uns sterben, denn die Krankenversorgung funktioniert recht gut.

dds: Würden Sie trotzdem den Studenten raten, in eine Ersatzkasse zu gehen?

W.: Nein, solange er Student ist, ist er mit der Krankenversorgung absolut abgesichert.

dds: Aber der Student kann sich bei einer Ersatzkasse nur dann nach dem Studium weiterversichern, wenn er vorher schon drin war; selbst wenn sein Verdienst dann

über dem gesetzlichen Maximalwert liegt. Sonst muß er sich privat versichern, was erheblich mehr kostet.

W.: Da verdient er auch viel mehr. Er studiert ja auch, daß er später kein Schaffer ist, sondern um höher gestellt zu sein in der menschlichen Gesellschaft.

dds: Noch etwas. Ich habe gehört, vor wenigen Wochen gab es noch – es ist inzwischen abgestellt – eine, wie soll man es nennen, stille Regelung, daß ausländische Kommilitonen keinen Krankenschein bekamen, wenn sie immatrikuliert waren, ihre Gebühren aber noch nicht bezahlt hatten. Worauf war das zurückzuführen?

W.: Es war eine Regelung, zu der wir gezwungen worden sind durch Dinge, die vorher passiert waren. Studenten sind in ärztliche Behandlung gegangen, sind weggefahren und haben hier noch ganz erhebliche Rechnungen zurückgelassen, ohne die Gebühren gezahlt zu haben.

dds: Es geht doch semesterweise. Zum 31. März und 30. September erlischt doch die Krankenversorgung. Mitten im Semester kann man sich zwar exmatrikulieren, aber erst nachdem man bezahlt hat.

W.: Diese Dinge im Einzelnen aufzuführen, dazu bin ich nicht in der Lage. Ich weiß nur, daß verschiedene nicht auffindbar waren. Denen sind wir nachgelaufen über Konsulate, um unser Geld wiederzubekommen. Und daher hat sich das Studentenwerk entschlossen, am 4. 3. 1964 für ausländische Studenten eine Regelung zu treffen, daß der Sozialbeitrag im voraus bezahlt werden muß, damit sie einen Krankenschein erhalten können.

dds: Wer hat das beschlossen, der damalige Vorsitzende des Studentenwerks, Herr Prof. Schmieden oder Herr Reißer, der Geschäftsführer, oder der Vorstand?

W.: Wer das gemacht hat, weiß ich nicht. Jedenfalls ging die Sache vom Studentenwerk aus. Diese Regelung vom 4. 3. 64 hat sehr gut funktioniert. Es ist auch gar nichts passiert.

dds: Das ist aber ein Glück und kein Verdienst des Studentenwerks.

W.: Es wäre auch nichts passiert. So stur sind wir ja gar nicht. Wir haben immer von Fall zu Fall ein Auge zuge-drückt.

dds: Wenn ein Deutscher hierher kommt, und hat seine Gebühren noch nicht bezahlt...

W.: Ein Deutscher ist hier in Deutschland, und den können wir jederzeit fassen, während wir einem ausländischen Studenten nachrennen müssen. Außerdem, wenn jemand kommt und sagt „mir tut's da hinten weh“, so möchte ich den sehen, der ihm nicht hilft, auch wenn er nicht bezahlt hat.

dds: Ja, für den Einzelfall ist das sicherlich richtig, aber prinzipiell war doch diese Regelung – glücklicherweise besteht sie jetzt nicht mehr – eine Angelegenheit, die Ausländer diskriminiert hat.

W.: Es ist keine Diskriminierung gewesen, aber auf Grund dessen, was vorgefallen war, sind wir dazu gezwungen gewesen. An anderen Universitäten ist es ja noch viel schärfer. Sehen Sie, es kam ein griechischer Student mit einem chronischen Ekzem; er war vier Wochen in der Bundesrepublik. Er hätte sich ja in Griechenland behandeln lassen können. Ich frage mal ganz offen: Sind wir verpflichtet, diesen Hautauschlag auf unsere Kosten zu behandeln? Er hatte noch nicht bezahlt, und vor der Pflichtuntersuchung nahm er schon ärztliche Hilfe in Anspruch für eine Krankheit, die er aus seinem Heimatland mitgebracht hat. Das ging etwas zu weit.

Die nebenstehende Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Von den sieben Angestellten-Ersatzkassen wurden lediglich die Technikerkasse und die Barmer-Ersatzkasse ausgewählt. Daneben bestehen noch die Deutsche Angestellten-Ersatzkasse, die Kaufmännische Krankenkasse Halle, die Hamburg-Münchener-Ersatzkasse, die Hanseatische- und Merkur-Ersatzkasse und die Handelskasse Bremen. Von den RVO-Kassen haben wir die AOK als größte gewählt.

Ich habe ihm das klargemacht, und er hat es dann auch eingesehen. Sie werden auf der ganzen Welt keine Versicherung finden, die Ihnen nun blindlings die Behandlung übernimmt und bezahlt.

dds: Man wird also in der SKVD ausreichend versorgt, wenn man nicht zusätzliche Ansprüche stellt?

W.: Absolut. Jeder Student ist ausreichend versorgt im Krankheitsfall. Er erleidet keine Not.

dds: Ich darf zum Schluß noch auf etwas anderes eingehen: Es soll irgendwann – der Senat hat es inzwischen beschlossen – eine psychotherapeutische Beratungsstelle eingerichtet werden. Man hat noch keinen Mann gefunden, man weiß auch noch nicht genau, wie es einmal damit werden wird.

W.: Ich habe es in der Zeitung gelesen. Man hat in Berlin so etwas schon gemacht. Der letzte Studentenarzt-Kongreß hat sich eingehend mit diesem Problem beschäftigt. Es fehlen geschulte Kräfte für diese Beratungsstellen. Ich selbst bin praktischer Arzt und psychotherapeutisch nicht vorgebildet. Außerdem ist es sehr teuer, diese Fälle in andere Behandlung zu geben. Man wird

viel Geld aufwenden müssen. Wer das tun wird, weiß ich nicht.

dds: Meinen Sie, daß die Mehrzahl der Studenten solch eine Beratungsstelle braucht?

W.: Nach einem Referat eines Psychiaters auf dem Studentenarzt-Kongreß hat sich herausgestellt, daß nur etwa 1% der Studenten einer Behandlung bedarf.

dds: Das wären in Berlin etwa 200. Und in bestimmten Stadien des Studiums ist man verhältnismäßig stark angespannt, so daß nicht jeder mehr so über sich verfügen kann, wie er gern möchte, weil die Spannungen übergroß sind; etwa beim Vordiplom.

W.: Aus persönlichen Erlebnissen heraus kann ich nur sagen, wir müssen durch Tiefen und Höhen gehen, um das zu werden was wir anstreben, denn es kann nicht alles glatt über die Bühne gehen. Ich mache es nicht zu einem Muß, daß man durch eine Prüfung mal durchfällt. Es muß aber einmal etwas schiefgelaufen sein, damit man gezeigt bekommt, daß im Leben nicht alles gut geht. Und wer sich da schon behauptet und durchsetzt, wird sich auch im Leben zurechtfinden.

OPTIMALE VERSORGUNG?

Es fällt schwer, angesichts eines Leistungsvergleichs zwischen der Studentischen Krankenversicherung (SKVD) und gesetzlichen Krankenkassen (vgl. Seite 8) von einer „optimalen Krankenversicherung“ durch die SKVD zu sprechen. Wir wollen dem Studentenwerk – als Träger der SKVD – an dieser Stelle nicht den Vorwurf machen, die Leistungen seien zu gering. Aber das Studentenwerk lehnt Leistungen ab, die es aufgrund der Gesundheitsdienstordnung erbringen müßte. Beispiele gibt es. Herr Dr. Weber schildert den Fall des griechischen Kommilitonen. Nach § 13 der Gesundheitsdienstordnung übernimmt die SKVD zwar nicht die Kosten für „operative Behandlung von alten Leiden“; solche Krankheiten, die nicht operativ behandelt werden müssen, sind aber nicht ausgeschlossen. Im Gegensatz zu Herrn Dr. Weber bestätigten uns zwei Mitglieder des Studentenwerksvorstandes diese Auffassung. Was nützt das aber einem Kommilitonen, wenn er die Gesundheitsdienstordnung nicht kennt und nicht weiß, welche Leistungen er von der SKVD beanspruchen kann und welche nicht.

Leistungen, die aufgrund der Gesundheitsdienstordnung von der SKVD nicht übernommen werden, können auf Antrag im Rahmen der „Gesundheitsförderung“ gewährt werden. Ein Anspruch besteht allerdings nicht. Im Jahr 1966 wurden keine Leistungen übernommen. Ob und wieviel Anträge auf Gesundheitsförderung gestellt wurden, war vom Studentenwerk nicht zu erfahren.

Eine optimale Versorgung bietet die SKVD nicht. Wie eine Sozialumfrage im WS 64/65 ergab, waren ca. 70% aller Studenten anderweitig versichert. Sie brauchen also die SKVD nicht, ja zum großen Teil dürfen sie sie gar nicht in Anspruch nehmen. Fast 4000 Studenten haben die zweifelhafte Pflicht, zweimal Beiträge zu zahlen. Um dem zu entgehen, müßte man seine Versicherung ruhen lassen.

Das ist aber nur bei Privatversicherungen und bei der Barmer Ersatzkasse möglich. Doch dazu besteht kein Anreiz, weil die Studentische Krankenversicherung sehr oft nicht ausreicht ... trotz der Äußerungen des Studentenarztes.

Von den mangelhaften Leistungen der SKVD sind nur 30% der Studenten betroffen, also diejenigen, die nicht anderweitig versichert sind. Aber auch für diese Studenten besteht die Möglichkeit, sich für wenig Geld ausreichend zu versichern. Wie?

Während der Zeit einer Beschäftigung (Praktikant, Werkstudent, Hilfsassistent) kann jeder Student einer Krankenkasse beitreten und sich nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses freiwillig weiterversichern. Lediglich die Technikerkasse darf Studenten aufnehmen, ohne daß diese vorher gegen Entgelt beschäftigt waren; einzige Bedingung ist, daß diese Studenten voraussichtlich einen technischen Beruf (also nicht Gewerbelehrer oder Mathematiklehrer) ausüben werden. Wer nicht schon als Student in einer gesetzlichen Krankenkasse Mitglied war, kann nach Beendigung seines Studiums nicht mehr aufgenommen werden, da sein Verdienst dann sicherlich über dem gesetzlichen Maximalwert von z. Zt. DM 900,- monatlich liegt. Er ist auf Privatversicherungen angewiesen und wird wesentlich höhere Beiträge zahlen müssen.

Aus all diesen Gründen folgt, daß es nicht wünschenswert ist, die Leistungen der SKVD zu verbessern, was früher oder später zu Beitragserhöhungen für alle führen muß. Derselben Meinung ist auch das Studentenparlament, das eine Minimalversorgung durch die SKVD befürwortet und allen Studenten rät, sich bei gesetzlichen Krankenkassen zu versichern. Das Parlament will so eine Beitragssenkung erreichen, weil ja dann die SKVD weniger in Anspruch genommen wird.

Der ASTa plant, zu Beginn des Wintersemesters alle Studenten zu befragen, ob sie eine Leistungsverbesserung der SKVD befürworten. Im Falle einer Leistungssteigerung käme eine Beitragssenkung natürlich nicht in Frage. Eher das Gegenteil. . . .

hw/dr

LASSET DIE HESSEN ZU MIR KOMMEN

Nachdem die Studenten „Hunger, Hunger“ gerufen hatten, standen die Politiker auf und sagten, das sei eine Unverschämtheit gewesen. Schließlich tue das Land Hessen eine ganze Menge für seine Studenten, man betrachte nur die Unterrichtsgeldfreiheit, es sei doch wirklich vorbildlich, wie wir das in Hessen machen.

Gesetz zur Unterrichtsgeldfreiheit . . . für das Land
Land Hessen vom 28. 6. 61

§ 1 Abs. 1

An den öffentlichen Schulen und Hochschulen werden Unterrichtsgeld sowie Aufnahme- und Studiengebühren nicht erhoben (Unterrichtsgeldfreiheit).

Abs. 3

Unterrichtsgeldfreiheit steht nur deutschen Schülern und Studenten zu, die ihren Wohnsitz in Hessen . . . haben.

Das klingt tadellos.

Wenn man Fragen hat, geht man ins Sekretariat für studentische Angelegenheiten. „Guten Tag, mein Name ist Soundso, ich möchte gern einiges über die Handhabung der Unterrichtsgeldfreiheit erfahren.“ „Wollen Sie selbst beantragen?“ „Nein, ich möchte Unterlagen zusammenstellen.“ „Aha, ein Schnüffler!“

Stellen wir uns einen Studenten vor, der sich hier immatrikuliert, ein Appartement nimmt, in unserer Stadt lernt und liebt, einen 2CV mit DA-Kennzeichen fährt, in den Ferien bei Habra arbeitet, um das bezahlen zu können, mit dem Kreiswehersatzamt Darmstadt zu tun hat, mal Darmstädter, mal hessische Kandidaten wählt, einen Wechsel monatlich aus Bamberg erhält und Ostern und Weihnachten den Eltern seine Aufwartung macht. Seine Eltern wohnten während seiner ersten Semester in Frankfurt, zogen dann zum Ruhestand in eine kleine Stadt, da der Junge jetzt erwachsen ist; unser Student meldete sich also in Frankfurt ab und in Darmstadt an. In Bamberg steht er in keiner Kartei, was soll er auch dort noch?

Nur: er hat keinen Wohnsitz in Darmstadt. Denn:

Erlaß vom 20. 5. 63

veröffentlicht im Amtsblatt des Hess. Kultusministers 1963, S. 274.

Für die Feststellung des Wohnsitzes als des räumlichen Schwerpunktes der gesamten Lebensverhältnisse gelten die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts (§§ 7ff BGB). Durch die Unterbringung eines Schülers oder Studierenden in einem Schüler- oder Studentenheim, in einem möblierten Zimmer oder bei Verwandten für die Dauer der Ausbildung oder durch das Eingehen eines Dienstverhältnisses, das lediglich zur Finanzierung des Studiums dient, wird in der Regel kein Wohnsitz begründet. Polizeiliche Anmeldung, Wahlberechtigung im Land Hessen oder ein in Hessen ausgestellter Bundespersonalausweis genügen für sich allein nicht zur

Wohnsitzbegründung in Hessen. Es ist möglich, daß ein Schüler oder Studierender keinen Wohnsitz im Sinne der §§ 7ff BGB hat.

Spätestens jetzt wird man neugierig, wie ein Wohnsitz eigentlich begründet wird.

Dafür ist das BGB zuständig:

Bürgerliches Gesetzbuch § 7

Wer sich an einem Ort ständig niederläßt, begründet an diesem Ort seinen Wohnsitz.

Das Schwergewicht liegt offensichtlich auf dem Wort „ständig“. Wer sich nicht ständig niederläßt, hat demzufolge keinen Wohnsitz in seiner Stadt. Die Kommentare zum BGB von Palandt geben Auskunft:

Unterscheide Wohnsitz vom dauernden oder gewöhnlichen Aufenthalt. (Das ist der) Ort, an dem auf längere Zeit Wohnung genommen wird, ohne damit, sei es aus rechtlichen, sei es aus tatsächlichen Gründen, einen Wohnsitz zu begründen, z. B. Studienort.

Weiter:

Die Begründung des gewählten Wohnsitzes geschieht durch „ständige Niederlassung“, d. h. durch Aufenthaltsnahme mit dem rechtsgeschäftlichen Willen, nicht nur vorübergehend zu bleiben und den Ort zum Mittelpunkt oder Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse zu machen.

Das soll nicht auf den Studienort zutreffen? Unser Student wird hier verknackt wegen zu schnellenfahrens, er liebt hier eine junge Dame, die er auf Streifen durch das Darmstädter Kellerleben kennengelernt hat, außerdem hat er noch vor, weitere sechs Semester zu studieren. Ob er hier bleiben will? Mal sehen, auch später, wenn er fertig ist mit dem Studium, wird er verschiedene Stellen annehmen, sicher in verschiedenen Städten, je nach Gelegenheit; schließlich möchte er herumkommen. Nur: Als Diplomingenieur kann er dann Wohnsitze begründen, denn es gibt ein Urteil:

Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel vom 4. 12. 53

veröff. im Amtsblatt des Hess. Kultusministers 1954, S. 76.

Grundsätzlich ist auch heute . . . davon auszugehen, daß der Student . . . nicht die Absicht hat, sich dort ständig niederzulassen, und deshalb, auch wenn er volljährig ist, keinen Wohnsitz dort begründet. Regelmäßig wird er erst dann, wenn er seine Ausbildung abgeschlossen hat und ins Berufsleben tritt, an einem bestimmten Ort „seßhaft“ werden und erst jetzt den Willen haben, diesen für eine längere, im voraus nicht bestimmbare Zeit zum Mittelpunkt seiner Lebensverhältnisse zu machen. . .

Und im Kommentar zum BGB von Staudinger heißt es:

„Sich an einem Ort niederlassen“ bedeutet . . ., den Mittelpunkt seines Lebens an diesen Ort zu verlegen. . . Auch der Geschäftsreisende, der umherziehende Artist oder Händler kann einen Wohnsitz haben. . . Studie-

rende begründen am Studienort regelmäßig keinen Wohnsitz.

Ab hier spätestens werden die Studenten verleumdet: Ein Studierender ist regelmäßig unstat, herumtreiberisch, ohne Seßhaftigkeit, der Artist, der Vertreter hat den Mittelpunkt seines Lebens in seiner Wohnung. Weiter aus dem Urteil vom 4. 12. 53:

... ebenso ist stets angenommen worden, daß durch den Aufenthalt in einer Heilanstalt, in einer Strafanstalt oder am Garnisonsort kein Wohnsitz begründet wird...

Und am Hochschulort auch nicht.

Wenn er nicht verheiratet oder Flüchtling ist, hat unser Student also gar keinen Wohnsitz zu begründen. Zwar heißt es im BGB-Kommentar von Lange:

Der Schwerpunkt der Lebensverhältnisse ist der Ort, an dem die Person am besten und sichersten zu erreichen ist... Der Wohnsitz ist darum für die Rechtsordnung der normale Anknüpfungspunkt für die Rechtsbeziehungen wie für die Rechtsdurchsetzung... Man kann aber auch keinen Wohnsitz haben, dann ist man Vagabund im Rechtssinn. Das ist nicht nur der Landstreicher, sondern auch die reiche Witwe, die ihren Haushalt aufgelöst hat, ruhelos von Hotel zu Hotel wandert, um ihr Glück zu erreichen.

In oben erwähntem Urteil heißt das anders:

... nach deutschem Recht (ist es) durchaus möglich, ... keinen Wohnsitz zu haben, es ist heutzutage nicht einmal selten, und es ist auch keine Schande; wer keinen Wohnsitz im Rechtssinne hat, braucht darum noch kein Vagabund zu sein.

... obwohl er trotzdem einer ist, möchte man ergänzen. Purzelbäume schlagen die Ausführungen des Unterrichtsgeldfreiheitsgesetzes, wenn es um den Sinn dieses Gesetzes geht:

Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt vom 27. 10. 53 veröff. im Amtsblatt des Hess. Kultusministers 1954, S. 325.

... zwar ist es richtig, daß die Verbindung der Unterrichtsgeldfreiheit mit dem Wohnsitz in Hessen letztlich ihre Ursachen darin hat, daß Schulgeldfreiheit nur dem gewährt werden soll, der in engen Beziehungen zum Lande Hessen steht... Dennoch ist es unzulässig, Steuerpflicht und Unterrichtsgeldfreiheit derart in unmittelbare Beziehungen zueinander zu bringen, daß die Steuerzahler einen Anspruch auf Unterrichtsgeldfreiheit hätten...

Einem Studenten erschienen nämlich die Steuer- und Wahlbeziehungen zum Land Hessen als ausreichend eng. Das Urteil vom 4. 12. 53 setzt hingegen neue Maßstäbe:

Urteil des Hess. Verwaltungsgerichtshofes in Kassel vom 4. 12. 53

veröffentlicht im Amtsblatt 1954, S. 76:

... offensichtlich haben die Vorschriften... den Zweck, den Kreis (derer), denen Unterrichtsgeldfreiheit gewährt werden soll, einzuschränken. Dieser Zweck würde aber nicht erreicht werden, wenn man das hier aufgestellte Erfordernis des „Wohnsitzes im Lande Hessen“ derart auslegen wollte, daß ihm bereits durch einen „dauernden Aufenthalt“ genügt sei; denn seinen dauernden Aufenthalt (d. h. einen für längere Zeit bestimmten) wird der Schüler oder Studierende regelmäßig... am Hochschulort oder in dessen Nähe... haben; bei einer derartigen Auslegung würde also die Unterrichtsgeldfreiheit fast immer zu gewähren sein, so daß die Bestimmungen des Gesetzes praktisch überflüssig wären...

Da sie aber nicht überflüssig sein können, muß eben der Wohnsitzbegriff so ausgelegt werden, daß ein Student keinen Wohnsitz begründen kann. Das sagte auch das Sekretariat für studentische Angelegenheiten. „Ja, stellen Sie sich vor, wenn das so wäre, wie Sie meinen, dann bekäme jeder Student Unterrichtsgeldfreiheit.“

Um Himmelswillen!

Man nehme sich nochmal den Text vor:

An den öffentlichen Schulen und Hochschulen werden Unterrichtsgeld sowie Aufnahme- und Studiengebühren nicht erhoben.

Unterrichtsgeldfreiheit steht nur deutschen Schülern und Studenten zu, die ihren Wohnsitz in Hessen... haben.

Wie gesagt, das klang tadellos.

Wer nimmt schon an, daß in den Ausführungen des Gesetzes Studenten als Außenseiter, Unseßhafte und Unerwachsene betrachtet werden? Wie gut haben es da die im Gesetz miterwähnten minderjährigen Schüler!

... bei Minderjährigen... ist der Wohnsitz der Eltern... maßgebend.

Es sei denn, er ist Flüchtling oder Ehemann.

REAKTIONEN

auf den Artikel „Zum Sterben zu wenig“ in Heft 88.

„Der hw muß von der Hochschule.“

Studentenarzt Dr. Weber

Wie das Studentenwerk mitteilt, ist veranlaßt worden, daß bei Erstattung von Kosten, die die RVO- oder Ersatzkassen nicht übernommen haben, in Zukunft großzügiger verfahren wird.

HONNEF SOIT QUI MAL Y PENSE

Die Erhöhung der Honnefsätze kommt bestimmt. Am guten Willen fehlt es nirgends: Rektoren-, Kultus- und Finanzministerkonferenz, Bundestagsausschüsse und andere erlauchte Zirkel haben die Anhebung der Honnefbeträge gefordert, gutgeheißen, versprochen. Doch wie das unerforschliche Schicksal so will, mit der Bereitstellung der erforderlichen Gelder will es einfach nicht klappen. Das kann man den Politikern nicht vorwerfen. Und den Kulturpolitikern steht der Heiligenschein der vornehmen Unschuld besonders gut. Wer will es einem Eunuchen verargen, daß er den „Playboy“ liest?

Auch die besseren Politiker nehmen die Kulturpolitik verdammt ernst, man denke nur an den massiven Protest gegen den Atomsperrvertrag. Die Aufregung um diesen Vertrag wegen der Auswirkungen auf die wissenschaftliche Forschung wäre doch vollends unglaublich, wenn die potenten Protestierer nicht dafür sorgen wollten, daß die Wissenschaftler überhaupt in der Lage sein werden, mit Atomen spielen zu können. Kein Zweifel – für die Kleingärtner, die in der einen Hand die Gießkanne und in der anderen den Rotstift halten, wird es noch ein böses Erwachen geben.

Um die Ausbildungsförderung steht es also bestens. Bis es zu einer vernünftigen Lösung kommt, werden die bedürftigen Studenten sich noch ein bißchen gedulden und den Riemen (der ist inzwischen auch teurer geworden) enger schnallen müssen. Man kann nicht alles auf einmal erhöhen: Zuerst die Budenmieten, die Straßen- und Eisenbahnfahrkarten, das Essen in der Mensa und ähnlichen Kleinkram, über die Förderungsbeträge kann man sich immer noch unterhalten. Außerdem vergesse man eins nicht: Je höher die Lebenshaltungskosten steigen, desto berechtigter kann man 400 DM oder mehr im Monat fordern und 320 DM erhalten.

Welche Situationen sich ergeben, wenn weltfremde Bürokraten die bestehenden Förderungsrichtlinien anwenden, soll anhand zweier Gerichtsurteile skizziert werden, die besser als langatmige Erklärungen die Gründe erläutern, warum die Studenten ein modernes, einheitliches Ausbildungsförderungsgesetz verlangen.

Im einen Fall handelt es sich um einen Studenten, der am Universitätsort bei seiner Mutter wohnt. Er erhält vom Studentenwerk einen Förderungsbetrag von monatlich 100 DM als vorläufige Zahlung. Da der Student finanziell nicht auskam und das Studentenwerk nach den Richtlinien nicht mehr geben durfte, verklagte er seinen Vater (die Ehe der Eltern ist geschieden) für die Dauer der Studienzeit auf Unterhaltszahlung. Die Klage wurde abgewiesen. Das Gericht rechnete dem Studenten detailliert vor, wie er sein Studium finanzieren könnte:

Der Kläger habe ein durchschnittlich 11 Semester dauerndes Studium begonnen, das mit der Promotion abgeschlossen werden müsse. Das Gericht setzte für die gesamte Ausbildungsdauer 7 Jahre an. Die Lebenshaltungskosten beliefen sich in dieser Zeit auf DM 400,- monatlich, wobei das Gericht den vom Studentenwerk ermittel-

ten Betrag von 420 DM gekürzt habe, da ein Student, der seinen Unterhalt nicht selbst finanzieren könne, zu alleräußerster Sparsamkeit verpflichtet sei.

Einen Teil seiner Unterhaltskosten könne der Kläger selbst bestreiten, indem er als Werkstudent arbeite. Das sei ihm wenigstens bis zum 6. Semester zuzumuten, jedenfalls solange die beabsichtigte Reform des Hochschulstudiums nicht durchgeführt sei. Bei vier Monaten im Jahr und einem angenommenen Nettoverdienst von 300 DM monatlich ergebe das mindestens 3000 DM.

Ferner habe der Kläger während seiner zweijährigen Bundeswehrzeit 2400 DM gespart. In dieser Zeit hätte er jedoch durchaus weitere 100 DM monatlich sparen können – mit diesem Monatsbetrag hätten die Studenten noch vor wenigen Jahren ein Studium erfolgreich durchführen können – wenn er vorausschauend sparsamer gewirtschaftet hätte, sich das erstrebte Studium vor Augen haltend. Dem Kläger könne also eine Eigenbeteiligung an der Finanzierung seines Studiums von monatlich 90 DM zugemutet werden. Erst wenn er diese Leistung erbringe, dürfe er unterhaltspflichtige Verwandte zur Finanzierung heranziehen.

Das Gericht hat gut gerechnet: 3000 DM plus 2400 DM verdoppelt, geteilt durch 84 Monate. . . . Demnächst wird man Studienanfängern, die Förderung beantragen, vorrechnen, was sie während der Schulferien hätten verdienen können.

Nicht so grotesk, aber für die Vergabe der Studienförderung wesentlich wichtiger ist der andere Fall. Ein Student der Freien Universität Berlin, vor dem Studium als Redakteur tätig, hatte beim Studentenwerk Förderung beantragt. Der Antrag wurde wegen des vermuteten Einkommens der Eltern abgelehnt und dem Studenten empfohlen, seine Eltern auf Unterhaltszahlung zu verklagen. Der Student lehnte das ab, da ihm seine Eltern bereits eine Berufsausbildung finanziert hatten. Diese Begründung wiederum akzeptierte das Studentenwerk nicht.

Um keine Unklarheiten über seine Absicht aufkommen zu lassen, verklagte der Student als Repräsentanten der Universität den Rektor der FU; er erbat vom Verwaltungsgericht die Feststellung, daß die Eltern nur eine einmalige Berufsausbildung ihrer Kinder zu bezahlen hätten. Außerdem wollte er klargestellt haben, daß es für die Universitätsbehörde in aller Regel sittenwidrig sei, einem Studenten eine Klage gegen seine Eltern zu empfehlen.

Die Universität wehrte sich gegen die Klage und stellte zunächst einmal den Antrag, die mangelnde Erfolgsaussicht der Klage festzustellen. Dieser Antrag wurde vom Obergerichtskostenpflichtig verworfen, die Sache ging also vor Gericht. Das Verwaltungsgericht entschied denn auch für den Kläger.

Wenn dieses Urteil Rechtskraft erhält, wird es vor allem für Studenten, die über den 2. Bildungsweg die Hochschulreife erlangten, wesentlich leichter sein, in den Genuß der Honnef-Förderung zu kommen.

Wie man sieht, kann ein Student, der sich nicht durch sture Bürokraten einschüchtern läßt, zu seinem Honnef kommen, auch wenn die 290 DM den Aufwand nicht zu lohnen scheinen. Immerhin, siehe oben, die Erhöhung der Honnefsätze kommt ganz bestimmt, vielleicht sogar – der Wunder gibt es viele – ein vernünftiges System der Ausbildungsförderung. Es ist also völlig unverständlich, daß die Studenten schon wieder etwas gefunden haben, gegen das sie motzen müssen. Wir sind doch ein moderner Staat, wir sind wieder wer.

UNSER GESPRÄCH MIT PROFESSOR DR. PHIL. KLAUS HAFNER

Direktor des Instituts für Organische Chemie
Inhaber des Lehrstuhls I für Organische Chemie



dds: Herr Professor Hafner, Sie sind Direktor des Instituts I für Organische Chemie. Wie groß ist Ihr Institut?

H.: Es hat drei Ordinariate, wovon eines der Streichung anheim gefallen ist, die im Laufe der letzten Monate durchgeführt wurde.

dds: Existierte dieses Ordinariat bereits?

H.: Ja, seit 65. Es konnte nur nicht besetzt werden aus Rummangel, so wie unser zweites Ordinariat. Wir platzen aus allen Fugen in unserem Institut. Für das zweite Ordinariat haben wir bereits im vergangenen Jahr einen Ruf an Professor Zimmermann in München (Theoretische Chemie) ergehen lassen. Er mußte absagen, weil die vom Hessischen Ministerium angebotenen Mittel nicht ausreichten, um seine Forschung in der ihm gewohnten Weise fortzusetzen.

Wir haben also drei Lehrstühle, von denen einer gesperrt und einer unbesetzt ist.

dds: Das stört doch den Studienbetrieb.

H.: Nein, wir haben noch vier Privatdozenten, 12 planmäßige Assistenten, einen Kustos und zwei akademische Räte. Der Forschungs- und Lehrbetrieb wird nicht behindert.

dds: Mit welcher Begründung wurde die Streichung vorgenommen?

H.: Im Rahmen der Haushaltseinsparungen sind unbesetzte Lehrstühle nicht gestrichen, sondern gesperrt worden.

dds: Sie sind durch die vermehrte Lehre, die Ihnen deshalb zufällt, in der Forschung eingeschränkt? Die Organische Chemie hat sich stark ausgeweitet.

H.: Zweifellos.

Wir haben drei Disziplinen: die anorganische, die organische und die theoretische Chemie. Die organische hat sich in den letzten 20 Jahren explosionsartig entwickelt. Es ist Ihnen sicher als Architekt oder Elektrotechniker bekannt, daß ein nicht unerheblicher Teil der Gegenstände des täglichen Lebens organisch-chemischer Natur ist, daß es Kunststoffe gibt und daß diese eine große Rolle im täglichen Leben spielen.

Die organische Chemie gliedert sich in mehrere Fachgebiete: die präparative, d. i. die synthetische Chemie, weiter die theoretische organische Chemie, z. B. Kinetik, Studium der Reaktionsmechanismen und die Naturstoff- und Biochemie.

dds: Womit befassen Sie sich im einzelnen?

H.: Ich vertrete die präparative Chemie unter Berücksichtigung mechanistischer Studien; der zweite Lehrstuhl sollte durch einen Theoretiker und der dritte mit einem Naturstoffchemiker besetzt sein. Es darf in Darmstadt nicht vergessen werden, daß die echte organische Chemie,

die in der Welt Anerkennung fand, erst von meinem Vorgänger, Prof. Schöpf, begründet wurde, der von 1929 bis 64 das Ordinariat innegehabt hatte.

dds: Wieviele Studenten betreuen Sie?

H.: Im organischen Praktikum etwa 80. Weiter 40–50 Diplomanden und Doktoranden, sowie einige ausländische Gäste, in der Regel Amerikaner, Engländer und Schweizer, die – als Doktoren – ein bis zwei Jahre hier arbeiten. Ich glaube, es ist allzu wenig bekannt, daß engste Beziehungen zu amerikanischen und japanischen Universitäten bestehen, zur ETH Zürich, zur Akademie der Wissenschaften in Prag. Allein im Mai hielten fünf führende amerikanische Wissenschaftler Vorträge. Pro 10 Studenten haben wir einen Assistenten, das ist eine gute Zahl.

dds: Welche Forschung betreiben Sie?

H.: Die Hauptarbeit ist die Untersuchung von neuartigen nichtbenzoiden zyklisch konjugierten Verbindungen, die wir synthetisieren und deren Eigenschaften wir untersuchen. Ein zweites Gebiet behandelt kurzlebige Zwischenstufen, deren Bildungsweise und Reaktionen mit organischen Verbindungen. Das dritte Gebiet betrifft die Fulvene, das sind gekreuzt konjugierte Systeme, deren Derivate zu Benzolabkömmlingen in enger Beziehung stehen. Insgesamt Studien über die Zusammenhänge zwischen Bindungsverhältnissen in organischen Verbindungen und deren physikalisch-chemischen Eigenschaften.

dds: Haben Sie Anschluß an die Industrieforschung? Inwieweit überdecken sich Forschungsprojekte?

H.: Es bestehen grundsätzliche Unterschiede. Die Industrie treibt zweifelsohne Forschung, die aber den Hintergrund des Geldverdienens hat: Sie ist auf das Produkt ausgerichtet. Unsere Forschung ist reine Grundlagenforschung. Selbstverständlich bestehen freundschaftliche Beziehungen zur Industrie, aber von uns wird keinerlei Auftragsforschung gemacht – im Unterschied zu anderen Fakultäten.

dds: Ist die Industrie zufrieden mit der Ausbildung der Chemiker?

H.: Ich glaube schon.

dds: Physikern wird z. B. vorgeworfen, sie seien nicht „marktgerecht“ ausgebildet – es gäbe etwa zu viele Kernphysiker.

H.: Die Chemiker unseres Instituts haben sich recht gut bewährt in der Industrie. Die Ausbildung ist in Deutschland überall ähnlich, gleich ob Universität oder TH. Wir unterscheiden uns nur durch den 1964 eingeführten neuen Studienplan, mit dem versucht werden soll, das

Studium auf eine annehmbare Zeit zu komprimieren. Unser Plan sieht vor, daß bis zum Hauptexamen acht Semester benötigt werden, im neunten soll die Diplomarbeit gemacht werden.

dds: Ein Chemiestudium dauerte bisher sehr lange. Wie wird es auf acht Semester reduziert?

H.: Ein guter, fleißiger Student hat sein Studium mit Promotion auch in den vergangenen Jahren in maximal 14 Semestern absolviert. Es liegt in erster Linie am Fleiß. Andererseits war die Durchschnittsdauer viel zu lang. 18 und 20 Semester sind indiskutabel. Das liegt zum Teil daran, daß in früheren Jahren die Studenten nicht von Anfang an einen Arbeitsplatz bekommen konnten wegen der Überfüllung der Praktika: Ein Chemiestudium beginnt und endet mit dem Praktikum.

Zum anderen liegt es auch ein bißchen an den Studenten. Manche haben sich in der Vergangenheit reichlich viel Zeit gelassen. Vielleicht ist aber auch von Seiten der Hochschule manches falsch gemacht worden, etwa eine unnötige Belastung durch Wissensstoffe, die man über Bord werfen konnte. Aber in der Regel liegt es doch wohl daran, daß manche Studenten – und leider nicht wenige – ihre Zeit nicht richtig zu nutzen verstehen, indem sie freitagsmittags Schluß machen, um dann montagsabends wieder ins Labor zu kommen. Das wird durch den neuen Plan vermieden. Das Grundstudium ist kursmäßig aufgebaut.

dds: Decken sich Theorie und Erfahrung? Manche Pläne sind zwar schön, können aber nur unter härtester Arbeit verwirklicht werden.

H.: Er setzt ein intensives Studium voraus. Es ist eine harte Arbeit, das muß man sagen, aber die ersten, die nach diesem Plan studiert haben, haben fristgerecht ihr Vordiplom abgeschlossen. Nach diesen fünf Semestern ist eine Ermüdungsphase eingetreten, so daß diese Studenten ein klein bißchen langsamer geworden sind.

dds: Wir stellten fest, daß der Stoff Ihres Faches sprunghaft angewachsen ist. Wie wird es fertiggebracht, mehr Stoff in weniger Semester zu absolvieren?

H.: Es zeichnet sich in der organischen Chemie ein gewisses System ab. Wir können Grundprinzipien vermitteln; es kommt auf das Verständnis chemischer Zusammenhänge an. Ich habe eben von 16 Studenten gesprochen, die mit Glanz und Gloria den ersten Abschnitt absolviert haben – sie waren nicht nur fleißig, sondern auch begabt. Ein Minderbegabter schafft das natürlich nicht, auch nicht ein solcher, der nebenher noch etwas anderes machen will: der Musik ausübt oder sich für Architektur interessiert und da regelmäßig an Vorlesungen teilnehmen möchte. Dieser wird in Kauf nehmen müssen, ein oder zwei Semester länger zu studieren.

dds: Ist es nicht vorgeschrieben, wann das Vordiplom begonnen werden muß?

H.: Nein, der Studienplan sieht das vor, aber ich würde mich dagegen wehren, wenn man die Konsequenz zöge: Wenn du es nach dem fünften Semester nicht gemacht hast, fliegst du von der TH. Jeder Mensch hat das Recht, sich soweit, wie er irgend möchte, zu bilden.

dds: Bis zum wievielten Semester muß man das Vordiplom abgelegt haben?

H.: Heute ist die Grenze fünf Semester, aber es wird natürlich keiner bestraft, der es im sechsten macht. Das kommt allerdings nicht vor, denn unsere Studenten haben ständig Praktika, sie müssen ständig Zwischenprüfungen absolvieren; dabei unterliegen sie einer ständigen Kontrolle durch den betreuenden Assistenten. Zur Zeit sind die Praktika so überfüllt, daß wir es nicht verantworten können, wenn jemand überlange Zeit für Arbeit und Vorbereitung braucht. Wir müssen dann den

Platz einem besseren geben. Das ist eine natürliche Auslese.

dds: Liegt diese Maßnahme im Ermessen des Instituts?

H.: Ja, sie muß es auch, denn wer anders als der Assistent, der täglich mit dem Studenten zusammen ist, kann das besser beurteilen?

dds: Dann sieht der Alltag eines Chemiestudenten etwa so aus, daß er den ganzen Tag im Labor ist – auch in der vorlesungsfreien Zeit.

H.: Um das Studium zu verkürzen, war meine erste Handlung hier, auch während der Semesterferien die Praktika offenzuhalten.

dds: Das hätte zur Folge, daß – wie zum Beispiel bei den Elektrotechnikern – keine Zeit für Urlaub ist, daß man auch kein Geld verdienen kann, auch wenn man darauf angewiesen ist.

H.: Selbstverständlich fordert der neue Studienplan großes Engagement. Viel Freizeit bleibt nicht, man muß schon hart arbeiten. Der Student muß vielleicht auf manches verzichten. So denke ich beispielsweise daran, daß im organisch-chemischen Praktikum von Montag bis Donnerstag der experimentelle Teil erledigt wird und Freitag bis Sonntag – schematisch gedacht, das wäre der Idealfall – man sich auf die Zwischenprüfung vor-

Professor Dr. phil. Klaus Hafner

10. 12. 1927	geboren in Potsdam
1945	Abitur in Bad Hersfeld
1946–51	Studium in Marburg Promotion bei Prof. Meerwein
1951–56	Assistent bei Nobelpreisträger Prof. Ziegler am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim/Ruhr
1956	Habilitation in Marburg
bis 1961	Privatdozent in Marburg
1961	Ruf an die Universität München als Extraordinarius
seit 1965	Ordinarius für Organische Chemie in Darmstadt

bereitet, die man dann am Montag absolviert, um dann weiterzumachen.

Es sieht aber nicht ganz so aus, als ob der Student gar keine Zeit mehr hätte, ein Bier zu trinken oder ins Theater zu gehen, wenngleich auch nicht in dem Maß wie nach dem alten Plan, wo er auch mal bummeln konnte.

dds: Der neue Studienplan geht also mehr auf Kosten des Studenten als auf Kosten des Stoffes?

H.: Die Zeiten sind zusammengepreßt worden. Der Student wird zu einer strafferen, disziplinierteren Arbeit angeleitet, was ihm bei seiner späteren Arbeit sehr zugute kommen wird. Um Ihr Ferienproblem aufzugreifen: Die Studenten haben durchaus Ferien. Wir versuchen die Praktika 10 Monate im Jahr offenzuhalten; das entspricht in etwa der Forderung des Hessischen Kultusministers.

dds: Wird nicht dadurch, daß von den Studenten dauernd verlangt wird, sich mit Chemie zu beschäftigen, erreicht, daß Studienabgänger ein wenig weltfremd sind? Daß sie wenig Ahnung und Interesse an anderen Dingen zeigen? Diese Leute stehen später in verantwortungsvoller Position; da muß man doch Ahnung haben von anderen Dingen, etwa Politik und Gesellschaft.

H.: Eine nicht geringe Zahl von Chemikern besitzt über die Chemie hinausgehende Interessen. In meinem Arbeitskreis stelle ich immer wieder mit Freude fest, daß ein sehr großes Interesse an der politischen Entwicklung besteht, daß meine Mitarbeiter begeisterte Theaterbe-

sucher sind. Das alles spricht doch dagegen, daß wir unsere Studenten zu Fachidioten erziehen.

dds: Einerseits begrüßen Sie diese Interessen, auf der anderen Seite sagen Sie, man habe sehr wenig Zeit dafür. . . .

H.: . . . Ich bin selbst ein Freund von Musik und täglich 14-16 Stunden beschäftigt. Dennoch finde ich immer wieder eine Stunde, um Schallplatten zu hören, um ins Konzert zu gehen. So ist es auch dem Studenten möglich, ein Hobby zu pflegen. Es geht selbstverständlich nicht an, daß jemand regelmäßig während der Laboratoriumsarbeit ein ganzes Programm anderer Vorlesungen besucht. Ich habe nicht nur Chemie studiert, sondern auch Medizin – das ist heutzutage nicht mehr möglich.

dds: In der Selbstverwaltung sind wenig Chemiestudenten anzutreffen.

H.: Zumindest nicht so häufig wie Juristen und Mediziner. Das hängt damit zusammen, daß, solange es ein Chemiestudium gibt, die Studenten mehr oder weniger ihr zweites Domizil im Institut haben. Sie haben dort ihre Gruppe, ihre Kommilitonen, mit denen sie leben, mit denen sie gemeinsame Interessen verbinden, gemeinsame Pläne und Aufgaben. Das ist nun mal eine Eigenart der Chemiker, daß sie anfangen fachzusimpeln, wenn sich zwei von ihnen treffen.

dds: . . . was jeder Beruf von sich sagt . . .

H.: . . . der richtige Chemiker spielt mit den Molekülen wie mit kleinen Tierchen mit viel Geduld und Liebe und versucht, Erkenntnisse aus diesem Spiel zu gewinnen – dadurch wird er manchmal ein bißchen zum Eigenbrötler.

dds: Wir haben dies vorhin erwähnt.

H.: Er ist doch sicher ein schöpferischer Mensch, und ein wertvoller Mensch. Diese Eigenbrötelei ist eigentlich recht gering, denn im Praktikum wird in einer echten Kameradschaft mit den Platznachbarn gelebt. Sie machen zusammen Ausflüge, trinken ein Glas Bier zusammen: Es ist eine Laborgemeinschaft, die vielleicht einen solchen Menschen mehr absorbiert als einen anderen Studenten, der sich noch jenen anderen Dingen zuwenden kann und eine Gemeinschaft in anderer Weise sucht.

dds: Inwieweit haben Studenten die Möglichkeit, im Lehr- und Institutsbetrieb mitzusprechen?

H.: Ich möchte etwas Grundsätzliches vorausschicken: Die Verwaltung eines solchen Instituts ist reichlich kompliziert. Es gehört eine Menge Erfahrung dazu, die man sich nur in vielen Jahren erwerben kann. Die Fragen des Unterrichts beschäftigen uns Dozenten mehr, als vielleicht die Studenten meinen. Der moderne Unterricht ist eine große Problematik, die immer wieder im Kreise unserer Dozenten diskutiert wird. Ich habe zum Beispiel mindestens jeden Monat mit den Unterrichtsassistenten eine Besprechung, wo Unterrichtsfragen sehr freimütig und intensiv diskutiert werden. Wir überlegen uns, wie wir den Unterricht effektiver gestalten können, woran es liegt, daß vielleicht ein relativ großer Teil nicht so mitkommt, wie wir das wünschen; wir experimentieren laufend. Ich weiß nicht, inwieweit Studenten wirklich echte Beiträge liefern können. Wir ermuntern sie immer wieder, so etwas zu tun. Als mir in meinen ersten Tagen meiner Darmstädter Tätigkeit der Fachschaftsleiter einen Besuch machte, habe ich ihm gesagt, daß ich mich freuen würde, wenn er regelmäßig zu mir käme. Das ist nicht in dem Maße geschehen. Uns liegt ja daran, eine enge Zusammenarbeit mit den Studenten zu haben. Wir sind uns darüber klar, daß die Studenten einen wesentlichen Teil einer Hochschule ausmachen. Unser ganzes Bemühen steht und fällt mit dem Erfolg bei den Studenten.

dds: Wer die Hochschule verläßt, soll nicht nur gut ausgebildet sein, sondern soll auch gelernt haben, Verantwortung zu tragen, seine Meinung zu vertreten und durchzusetzen. Wir haben den Eindruck, daß dem nicht so ist.

H.: Da haben Sie recht, das ist ein Nachteil der Deutschen. Wenn Sie mal Gelegenheit haben, an einem amerikanischen Seminar teilzunehmen, werden Sie feststellen, daß dort frisch und frei diskutiert wird. Ganz munter, ohne Hemmungen.

dds: Sie spielen darauf an, daß deutsche Hochschulen autoritär sind. Sie sagten vorhin, ein Student habe nicht die notwendige Erfahrung; finden Sie einen Grund dafür, daß unsere Studenten eben nicht so frisch und frei plaudern?

H.: Das liegt im Erziehungssystem begründet. Sie müssen auch bedenken, die Mentalität, die Charaktere sind unterschiedlich, wenn Sie Amerikaner mit Deutschen vergleichen. Man kann nicht alles aus Amerika als optimal bei uns einführen. Man sollte auch die deutsche Eigenart noch etwa erhalten, wobei ich mit Ihnen sicher einer Meinung bin, daß manches an der deutschen Hochschule reformbedürftig ist. Ich bin in großer Sorge um unsere Hochschulen. Ich sehe noch nicht den Lichtschimmer am Horizont, auf den man wartet.

dds: Die Arbeit wird hier in einer engen Gemeinschaft verrichtet. Glauben Sie nicht, daß Studenten in einer solchen Gemeinschaft unter Druck stehen können, der dadurch beantwortet wird, daß der Student seine Meinung zurückhält, um nicht aus der Laborgemeinschaft zu geraten? „Gesellschaftlicher“ Druck?

H.: Daran habe ich nie gedacht. . . Wir machen viele Seminare, wo die Studenten reichlich Gelegenheit haben, sich zu Wort zu melden. Ich möchte nochmals sagen, auf die Gefahr hin, daß Sie mich als alten Türken bezeichnen, daß zum Diskutieren ein gerüttelt Maß an Wissen gehört, das man sich erarbeitet haben muß. Wenn diskutiert wird, dann bitte eine echte Diskussion, wobei sich die Partner als tüchtige Sachkenner qualifizieren.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Generation vor mir wesentlich mehr gelernt hat als ich, und daß die nachfolgende Generation noch weniger gelernt hat als ich.

dds: Lernen ist nicht Pauken. . .

H.: . . . nach wie vor wird derjenige sich durchsetzen, der über die meisten Kenntnisse verfügt und scharf nachdenken kann. Unser größtes Ziel ist es doch, unsere Studenten zu lebensstüchtigen Akademikern auszubilden. Ich glaube, daß eine echte akademische Ausbildung, vielleicht die beste akademische Ausbildung, mit einer guten Forschung zu erzielen ist.

dds: Das Wort „akademisch“. Was stellen Sie sich darunter vor? Welche Auswirkungen hat das auf das geistige und sittliche Verhalten des Menschen, auch auf das moralische?

H.: Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

Ein Akademiker ist ein Mensch, der moralisch, sittlich absolut integer ist und die von ihm gewählte Wissenschaft sauber und nach besten Kräften vertritt, wo er auch immer hingestellt sein mag. Ich habe dieses Wort nicht unbedacht gewählt, weil wir hier nicht Industriechemiker ausbilden, sondern Chemiker, die, wo sie auch immer später einmal stehen werden, ihren Mann stehen können. . . . Ein chemisches Institut hat zweierlei Verpflichtungen: einen ordentlichen Unterricht zu liefern, eine gute Forschung zu machen. Der beste Unterricht ist eine gute Forschung, ich kann das nur immer wieder betonen.

dds: Her Professor Hafner, wir danken Ihnen.

Ulf Kauffmann

NEUE SATZUNGEN - ALLES BEIM ALTEN

Das Hessische Hochschulgesetz verlangt, daß die Hochschulen des Landes bis zum 1. Oktober 1967 dem Kultusminister Entwürfe ihrer Satzungen vorlegen. Bis zum 1. April 1968, dem Termin, an dem alle bisherigen Satzungen außer Kraft treten, sind die Studentenschaftssatzungen einer Urabstimmung der Studentenschaften zu unterbreiten. Studentenschaft und Senat der Technischen Hochschule Darmstadt haben Ausschüsse eingesetzt, die den verfassungsgebenden Organen – der Studentenschaft in der Urabstimmung beziehungsweise dem großen Senat – Satzungsentwürfe vorlegen werden. Bei Redaktionsschluß lagen uns der „Entwurf der Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt“ und der „Entwurf einer Satzung der Technischen Hochschule Darmstadt“ vor (beide ohne Datum und laufende Nummer der Fassung). Änderungen an den Entwürfen, bis sie zu Beschlußvorlagen erhoben werden, sind noch wahrscheinlich.

Die bisherige Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt genügt in weiten Teilen den Anforderungen des Hochschulgesetzes. Dennoch ergriff der Satzungsausschuß der Studentenschaft die Gelegenheit, die Satzung neu zu überdenken und frühere Erfahrungen hinzuzuverarbeiten. Trotzdem sind spektakuläre Änderungen nicht zu verzeichnen; als grundlegende Neuerung erscheint lediglich eine Änderung des Systems der Wahlen zum Studentenparlament.

Es bleibt dabei, daß die Parlamentsmitglieder getrennt nach Fakultäten gewählt werden. Die starke Stellung der Fachschaften in der Studentenvertretung bleibt damit erhalten; dies entspricht durchaus dem Willen des Gesetzgebers, der, das Darmstädter Vorbild im Auge, den Fachschaften wichtige Aufgaben auftrug. (Andere Studentenschaften wählen ihre Fachschaftsvertretungen unabhängig von den Wahlen zur allgemeinen Studentenvertretung.) Bei Redaktionsschluß

war sich der Satzungsausschuß noch nicht einig, ob zusätzlich zu den Wahllisten nach Fachschaften weitere Listen von Wahlgemeinschaften zugelassen werden sollten, die sich der gesamten Studentenschaft zur Wahl ins Studentenparlament stellen. Eine solche Regelung hätte den Vorteil, daß das Parlament Impulse für allgemeine hochschulpolitische Diskussionen erhielte, während bisher die Parlamentsmitglieder häufig in fachschaftsbezogener Reserve verharren. Der Wähler hätte dann neben der oft geringen Auswahl unter den Kandidaten zur Fachschaftsvertretung die Möglichkeit, sich für ein hochschulpolitisches Programm zu entscheiden.

Die wichtige Änderung des Wahlsystems betrifft die Wahlperiode. Bisher fanden die Parlamentswahlen im Sommersemester statt, das Parlamentsmandat erlosch nach einem Jahr. Die neue Regelung sieht Wahlen im Sommer- und im Wintersemester vor. Zu beiden Terminen wird jeweils die Hälfte der Parlamentsmitglieder auf die Dauer eines Jahres gewählt. Durch dieses rollierende System soll eine kontinuierliche Arbeitsweise des Parlaments gewährleistet werden. Bisher ging viel Zeit für die Einarbeitung des neugewählten Parlaments verloren. Nach dem neuen System werden die Neugewählten hoffentlich schnell Methoden und parlamentarische Routine von den „alten Hasen“ erwerben.

Die neue Satzung sieht auch weiterhin eine AStA-Verfassung vor. Vorstand, Fachschaftsleiter und Referenten bilden den Allgemeinen Studentenausschuß. Sie werden vom Parlament gewählt. Das Saarbrücker Vorbild, nach dem Parlament einen Studentenschaftspräsidenten wählt, der in eigener Verantwortung eine Kabinettsliste zusammenstellt, wurde nicht übernommen; es ist uns unbekannt, ob das Modell vom Satzungsausschuß überhaupt diskutiert wurde. Der in seiner Mehrheit sehr konservativ eingestellte Ausschuß verzichtete damit auf eine Möglichkeit, Verantwortungen und Weisungsbefugnisse klar zu regeln und eine flexible Personalpolitik in der Exekutive zu gestatten.

Neu ist dagegen, daß die Vorsitzenden nicht mehr gewählte Parlamentarier sein müssen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß manchmal geeignete Studenten bereit waren, ein Vorstandsamt zu übernehmen, die nicht Mitglied des Parlaments waren; sie konnten nicht gewählt werden. Das Parlament als Organ der Studenten-

schaft überträgt das Mandat an den Vorstand autonom, ohne die Übertragung davon abhängig zu machen, daß sich der Mandatempfänger erfolgreich einem kleinen Teil der Studentenschaft, einer Fachschaft, zur Wahl gestellt hat.

Die Amtsperiode des Allgemeinen Studentenausschusses, die bis jetzt mit dem Kalenderjahr übereinstimmte, wird verschoben. Sie soll vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres laufen. Somit stimmt die Amtszeit mit den Semesterterminen überein, so daß sich Amt und Studium leichter miteinander vereinbaren lassen. Neu aufgenommen in die Satzung wurden Bestimmungen darüber, wie sich Vertreter der Studentenschaft in den Kollegialorganen und im Verwaltungsrat der Hochschule sowie in den Organen des Studentenwerks zu verhalten haben. Eine generelle Weisungsbindung der Vertreter durch die Studentenschaft ist nicht möglich, weil diese Organe nur die persönliche Verantwortlichkeit ihrer Mitglieder kennen und deren Bindung an Weisungen von Dritten nicht zulassen. Andererseits muß für die Studentenschaft gesichert sein, daß ihre Auffassungen und Argumente bei der Meinungsbildung dieser Organe berücksichtigt werden. Die Studentenschaftssatzung sieht daher vor, daß die Vertreter der Studentenschaft in den Organen der Hochschule und des Studentenwerks vom Parlament abberufen werden können, wenn sie Beschlüsse der Studentenschaft erwiesenermaßen nicht vorgetragen oder vertreten haben.

Die Aufgaben des Ältestenrats, die bisher nur sehr vage umschrieben waren, wurden neu formuliert. Der Ältestenrat, in den das Parlament sieben Studenten wählt, die sich in der Arbeit der studentischen Selbstverwaltung Erfahrung angeeignet haben (bisher: „die sich um die Studentenschaft verdient gemacht haben“), stellt das Parlamentspräsidium, überprüft die Parlamentswahlen und entscheidet über Satzungsauslegungen. Darüber hinaus hat er jetzt auch für eine ordentliche Geschäftsführung im AStA zu sorgen, wenn diese nach dem Ausscheiden des Vorstandes der Studentenschaft infolge außergewöhnlicher Umstände nicht mehr gewährleistet ist.

Das oberste beschlußfassende Organ der Studentenschaft, die Vollversammlung, wurde im Satzungsentwurf abgeschafft und ersetzt durch das Organ „die Studentenschaft in der Urabstimmung“. Neben der Forderung des

Hochschulgesetzes, die neue Satzung müsse durch eine Urabstimmung von der Studentenschaft bestätigt werden, sprechen praktische Gründe für die Änderung. Eine Vollversammlung ist wegen der großen Zahl ihrer Mitglieder im allgemeinen zu unbeweglich, um ohne großen Zeitaufwand präzise Beschlüsse herbeizuführen. Bei der Urabstimmung werden der Studentenschaft endgültig formulierte Beschlussvorlagen unterbreitet. Ihr geht eine Versammlung der Studenten voraus, in der die Studentenschaft über die Anträge informiert wird.

Während der Satzungsentwurf der Studentenschaft eine erweiterte und (hoffentlich) verbesserte Neuauflage der bisher gültigen Satzung ist, mußte die Verfassung der Technischen Hochschule Darmstadt neu entworfen werden. Der Entwurf hält sich notwendigerweise in dem relativ engen Rahmen des hessischen Hochschulgesetzes. Es ist hier unmöglich, alle wichtigen Stellen des fünfzig Seiten umfassenden Satzungsentwurfs zu besprechen. Nur einige Punkte, die bei einer ersten Lektüre am stärksten auffielen, können notiert werden.

Das Hochschulgesetz bietet für die Gestaltung des obersten Organs der Hochschule drei Alternativen an:

Rektoratsverfassung (Rektor auf mindestens vier Jahre und ein oder mehrere Prorektoren);

Direktorialverfassung (Direktorium von Rektor und mindestens zwei Konrektoren, wobei jedes Mitglied mindestens drei Jahre im Direktorium tätig sein muß);

Präsidialverfassung (Hochschulpräsident mit achtjähriger Amtszeit).

Die Verfassungskommission der Technischen Hochschule hat sich für die zur Zeit unverfänglichste Lösung, die Direktorialverfassung entschieden und hat zwei Vorlagen über die Amtszeit des Rektors ausgearbeitet. Der große Senat wird darüber entscheiden müssen, ob der Rektor auf ein oder auf zwei Jahre gewählt werden soll. Obwohl bis zum gesetzten Termin wohl kein Entwurf einer Präsidialverfassung mehr vorgelegt werden kann, der die Zustimmung des Senats erhalten würde, wird die Frage, ob nicht doch ein Präsident an die Spitze der Hochschule gestellt werden soll, weiter diskutiert. Die Befürworter der Präsidialverfassung hoffen auf eine baldige Satzungsänderung in diesem Sinne. Der Aufgabenkatalog des Direktoriums entspricht dem des Rektors der alten

Satzung. Heftig umstritten ist der Passus, nach dem der dienstliche Schriftverkehr der Studentenschaft mit dem Kultusministerium durch die Hand des Rektors gehen soll, wobei der Rektor berechtigt sein soll, dazu Stellung zu nehmen. Diese Forderung ist für die Studentenschaft nicht annehmbar.

In den Vorverhandlungen zum hessischen Hochschulgesetz haben Studentenvertreter den Hochschullehrern angeboten, auf ihre Forderung nach der Rechtsstellung der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verzichten und die Studentenschaft als Gliedkörperschaft in die Hochschule einzufügen, wenn dieser eine Organschaftsstellung zuerkannt würde. Dieses Angebot wurde nicht angenommen. Die Studentenschaft sollte nicht Organ der Hochschule werden. Daraufhin konnte die studentische Seite nicht auf die unmittelbare Rechtsfähigkeit verzichten. Das von allen Seiten angestrebte Ziel, die Hochschule als geschlossene Einheit aller ihrer Teile zu bilden, konnte nicht weiter verfolgt werden. Der Rektor ist daher zwar oberster Repräsentant der Hochschule einschließlich ihrer Studenten, aber nicht der Repräsentant der verfaßten Studentenschaft. Allein der Vorstand der Studentenschaft vertritt sie nach außen. Die Forderung der Hochschullehrer, ein Teil des Schriftverkehrs der Studentenschaft müsse durch die Hand des Rektors gehen, die selbstverständlich hätte erfüllt werden müssen, wenn die Studentenschaft Organ der Hochschule geworden wäre, ist unter den gegebenen Umständen unbillig. Die Berechtigung zur Kenntnisnahme und Stellungnahme zum Schriftverkehr stellt einen unzumutbaren Eingriff eines fremden Organs in die studentischen Selbstverwaltungsrechte dar.

Die Gliederung der Hochschule in Fakultäten bleibt bestehen. Die Bildung von Abteilungen innerhalb der Fakultäten ist vorgesehen. Über Abteilungen, die über die Bereiche mehrerer Fakultäten gehen, ist in der Satzung nichts gesagt. Eine Zusammenarbeit der Fakultäten ist bei Berufungen gefordert. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Fachgebiet eines zu berufenen Ordinarius das Fachgebiet einer anderen Fakultät berührt. Die Fakultäten haben sich ferner ins Benehmen zu setzen oder gemeinsame Ausschüsse zu bilden, wenn Studienordnungen aufgestellt oder geändert werden, die Fachrichtungen von Mitgliedern anderer Fakultäten betreffen oder bei An-

gelegenheiten, die mehrere Fakultäten berühren.

An den Sitzungen des Senats und der engeren Fakultäten nehmen jeweils zwei Studentenvertreter teil, die die gleichen Rechte und Pflichten haben, wie die übrigen Mitglieder dieser Kollegialorgane. Ihre Teilnahme ist lediglich in bestimmten Fällen ausgeschlossen, die in der Satzung in enger Anlehnung an das Hochschulgesetz abschließend genannt sind. Dazu gehören konkrete Prüfungsfälle aller Art, Ehrungen, Fragen betreffend der Zusammensetzung des Lehrkörpers und der persönlichen Angelegenheiten seiner Mitglieder, Stellenbesetzungen und die persönlichen Angelegenheiten der übrigen beamteten oder nichtbeamteten Mitarbeiter an der Hochschule. Bei allen anderen Entscheidungen, auch denen von großer Tragweite für die Hochschule, werden Studentenvertreter beteiligt sein.

Unter dem Zwang des Hochschulgesetzes sieht der Satzungsentwurf einen Ausschuß für „Hochschullehrernachwuchs“ vor, der über konkrete Habilitationsverfahren berät. Habilitanten können den Ausschuß anrufen. Muß eine Habilitation aus zwingenden Gründen verweigert werden, so wird es in Zukunft nötig sein, dies klar zum Ausdruck zu bringen. Einen negativen Spruch dadurch zu umgehen, daß der Habilitationsausschuß notorisch beschlußunfähig bleibt, wie es vorgekommen sein soll, wird kein gangbarer Weg mehr sein.

Zur Erweiterung und Ergänzung des Lehrkörpers erlaubt der Satzungsentwurf die Abordnung und Ernennung von Studienräten und Oberstudienräten im Hochschuldienst. Zunächst nur zur Ergänzung des Unterrichts in didaktischen Fächern für Lehramtskandidaten vorgesehen, sollen diese Lehrkräfte nun auch den propädeutischen Unterricht unterstützen. Diese Regelung konnte gegen einen starken Widerstand von Mitgliedern der Verfassungskommission durchgesetzt werden. Damit wird es möglich sein, den Übungsbetrieb den Bedürfnissen besser anzupassen und die wissenschaftlichen Assistenten von Aufgaben zu entlasten, denen sie häufig nicht das gebührende Interesse widmen.

In Anbetracht der stark widerstreitenden Meinungen der Hochschullehrer und der Studenten scheint der Entwurf der Hochschulsatzung im großen und ganzen geglückt, wenn auch in manchen Einzelheiten moderne Lösungen wünschenswert wären. kf

Helmut Dreßler

... NÄHERES REGELT EIN NOTSTANDSGESETZ

In Berlin wurde ohne Lizenz Jagd auf Menschen gemacht, weil sie gestört haben. Denn der Protest war legitim, aber unhöflich, und er wurde gewalttätig unterdrückt – als er schon zu Ende war.

Das Ansehen des Staates und das Bild von einer geordneten Begeisterung der Bevölkerung waren endgültig getrübt worden. Die fehlende Hochachtung vor einem fremden Monarchen verfälschten die Vorstellungen des Gastes über das deutsche Volk, das in seiner Gesamtheit eigentlich gedankenlos Glanz und Pracht hätte anjubeln müssen, wie ein Hund Bäume anpöbelt.

Auf Anordnungen hin ist die Menge zerstreut worden. Dabei gingen einzelne Polizisten gnadenlos gegen Menschen vor, wie diese ihnen unter die Knüppel kamen. Gewalt war das Argument der Obrigkeit gegen den begrenzten Radau, Gewalt gegen die nächstbesten Demonstranten.

Erschreckt fragt man: Wie kann das in der Bundesrepublik möglich sein? Wo sind die Ursachen, wo die gesetzlichen Grundlagen zu finden, nach denen brutale Gewalt möglich war? Tenor der gelenkten Volkesstimme: Es paßt nicht, daß Minderheiten in einem demokratischen Land einen ausländischen Diktator anpöbeln. Es schickt sich nicht, wenn derselbe von der Mehrheit eingeladen wurde. Wer damit nicht einverstanden ist, kann ja darauf bei den nächsten Bundestagswahlen entsprechend reagieren. Im Namen unseres Volkes sind schon schlimmere Sachen gemacht worden. Da durfte auch keiner aufmucken. Und auf einmal? – Volkesstimme?

Oder: Ruhe und Ordnung im Vertrauen auf die gewählten Vertreter ist Bürgers Pflicht auch für Querköpfe. Und die Querulanten – gerade sie – haben sich einzufügen, haben zurückzukriechen in den allesumfassenden Schoß von Mutter Staat. Wer hinaus will und immer alles anders will, wird es nie zu etwas bringen. Fügsam sein, auch dann, wenn die Repräsentanten der Bevölkerung beschließen, zum Nutzen einer fremden Diktatur die eigene sieche Demokratie zu vernachlässigen. Mündige Staatsbürger halten den Mund und nicht Transparente mit Ehrenrührigkeiten.

Solch eine Argumentation ist ein Witz. Aber sie kommt vor. Sie ist mit Variationen ein Stück einer von einflussreichen Zeitungen geförderten Volksmeinung (Karl Kraus sprach einmal in anderem Zusammenhang von „öffentlichem Schwachsinn“).

Ein mündiger Staatsbürger scheint in erster Linie Vertrauen austeilen zu müssen. An die wohlöbliche Obrigkeit. Dafür hat er das Glück, nicht ausreichend informiert zu sein.

Die Möglichkeit, Nachrichten auszuwählen und dann zu veröffentlichen, ist auf die Dauer das erfolgreichste Mittel, die so Un-informierten zu beherrschen!

Es scheint, als habe der persische Kaiser die Methoden, mit denen er sein Volk behandeln läßt, wie Bazillen nach Deutschland eingeschleppt. Die Bazillen des Obrigkeitsdenkens haben sich hier jedenfalls rapide vermehrt und einige staatliche „Organe“ – kampflös? – erobert. Mit dem Ergebnis: Was die Polizei so trefflich tut, ist recht getan zum Zweck der Sicherheit. Grundgesetze waren während des Schahbesuches an manchen Orten aufgehoben (Vgl. Bericht der ZEIT vom 9. 6.) Alle Maßnahmen „...wenn Ordnung und Sicherheit sie erfordern...“ wurden irgendwie auf zweifelhafte Weise legitimiert, entschuldigt oder vertuscht. – Willkürmaßnahmen zeitweise.

All dem liegt bisher kein Gesetz zugrunde, worauf sich die „Gewaltigen“ berufen könnten. Jedoch das kann sich ändern.

Am 13. Juni 1967 hat die Bundesregierung den „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes“ dem Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet (Unterschrift: Kiesinger).

Darin heißt es u. a.:

Artikel 91

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes sowie zur Bekämpfung einer Naturkatastrophe oder eines besonders schweren Unglücksfalles kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes zur Hilfe anfordern.

Reichen diese Kräfte zur Bekämpfung einer Naturkatastrophe, eines besonders schweren Unglücksfalles oder eines bewaffneten Aufstandes nicht aus, so kann die Bundesregierung Streitkräfte als Polizeikräfte zur Verfügung stellen.

(2) ...

(3) Zur Bekämpfung von Gefahren, Naturkatastrophen oder Unglücksfällen im Sinne dieser Vorschrift kann das Grundrecht der Freizügigkeit (Art. 11) durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden.

(4) ...

Die Lizenz soll also erst noch geschaffen werden. „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung...“

Eine Regierung darf beschließen. Einfach so. Wenn sie es „für erforderlich“ hält. Ein Notstand muß nicht ausgerufen – oder gar vom Bundestag beschlossen – werden. Grundrechte dürfen auf den Beschluß einer Regierung wegfallen. Da bietet sich der Mißbrauch geradezu an. – Warum so mißtrauisch?

Die Mentalität mancher Machthaber und eines großen Teils der deutschen Bevölkerung würde den offensichtlichen Mißbrauch zum Zwecke der Ordnung fördern.

Das politische Klima ist rau in den Gegenden, wo Demokraten ihre Meinungsfreiheit wirklich uneingeschränkt wahrnehmen.

Die lädierte Demokratie kann in Zeiten der Bedrängung eine „zeitweilige Leiche“ werden. Und nur als ein Krüppel kann sie dann wieder auferstehen. Das Gespenst der „Öffentlichen Freiheit“ blinzelt danach unter dem Sargdeckel hervor; die „Freiheit des Einzelnen“ aber wird begraben bleiben. Näheres regelt ein Gesetz.

Das bestehende politische Klima in der Bundesrepublik garantiert – wenn nur Gesetze dieser Art bestehen werden – eine Entwicklung zur Gleichmacherei und zur Formierung.

Deswegen muß das Grundgesetz unanantastbar bleiben – nicht aus formalen Gründen. Einfach deswegen, weil Änderungen, wie sie jetzt vorgeschlagen werden, einem bisher zeitweilig ungesetzlichen Treiben der staatlichen Gewalt Vorschub leistet und es legalisiert.

Und außerdem: Wozu haben wir noch Notstandsgesetze nötig, wenn gewisse Stufen staatlichen Terrors heute schon ohne Gesetz möglich sind?

Fortsetzung von Seite 4

AKTUELLES INTERVIEW

unmittelbaren Zwangs gegen bestimmte Teile der Menschenmenge offensichtlich nicht zum Ziele führt.“

Diese Voraussetzungen des Schußwaffengebrauchs sind klar und eindeutig. Beim geschlossenen Einsatz wird in der Regel die Anordnung des Schußwaffengebrauchs von den Einsatzleitern ergehen. Das Ziel der Polizeiführung sollte eigentlich sein, nach Möglichkeit solche Situationen überhaupt zu verhindern.

M.: Sogar Warnschüsse dürfen nur dann abgegeben werden, wenn auch der gezielte Schuß gestattet wäre. Der Polizeibeamte darf nicht schießen, nur um Angst zu machen.

dds: Bei den Demonstrationen in Berlin waren sehr viele Polizisten eingesetzt, und manche von ihnen scheinen Mittel angewendet zu haben, die man nicht mehr gutheißen kann. Es ist doch sehr schwer, solche Polizisten jetzt herauszufinden, da sie nicht einmal ein Namensschildchen tragen.

B.: Ich bin bereit, eine Nummer oder ein Namensschild zu tragen, wenn dies zweckmäßig ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Beim geschlossenen Einsatz der Polizei ist der Bürger nicht in der

Lage, die Nummer oder den Namen abzulesen, dazu hat er gar keine Zeit.

dds: Vielleicht würde sich der Beamte aber etwas zurückhalten, wenn er sich sagt: Du kannst ja erkannt werden.

M.: Diese falsch verstandene Zurückhaltung kann natürlich sehr gefährlich sein; etwa, daß er am Ende noch seinen Auftrag vergißt.

B.: Nach Bildern, wie sie auch im „Spiegel“ abgedruckt waren, scheinen Polizeibeamte möglicherweise noch auf bereits liegende Personen eingeschlagen zu haben. Es ist Aufgabe der Führungskräfte in der Verwaltung, etwaige Mißstände, die zweifellos hier und dort immer wieder auftreten, abzustellen. Mit Nummernschildchen wird man das nicht erreichen können.

dds: Was würden Sie dann vorschlagen, um Ausschreitungen feststellen zu können?

M.: Die Beamten sagen: Wenn jeder ein Schildchen trägt, dann trag ich's auch gerne. Es ist doch nicht die Regel, daß Unbeteiligte oder untätige Demonstranten zusammengeschlagen werden.

dds: Es geht ja gerade um den Ausnahmefall! Dort müßte doch die Möglichkeit bestehen, einen Beamten wiederzuerkennen.

B.: Es ist die Pflicht jedes Polizeibeamten, im Rahmen der Aussagen und Vernehmungen die Wahrheit zu sagen und es zu ermöglichen, daß die Betroffenen erkannt werden. Man ist heutzutage dazu übergegangen, Ausschnitte aus Fernseh- und Wochenschaufilmen zur Identifizierung von

Personen zu verwenden. Auch wir können bei Demonstrationen Filmgeräte einsetzen, nicht nur um straffällige Demonstranten überführen zu können, sondern auch um unsere Beamten genau zu erkennen. Viel wichtiger jedoch ist es, dafür zu sorgen, daß es überhaupt nicht zu derartigen Situationen kommt. Die moderne Polizei versucht heute, mit anderen Mitteln zu arbeiten als zum Beispiel im vorigen Jahrhundert und vielleicht noch vor 15 Jahren.

M.: Unsere Aufgabe ist es, Sie vor Angriffen gegen Ihre Demonstration zu schützen. Wenn Sie wieder etwas vorhaben, setzen Sie sich bitte wieder mit uns zusammen, und legen Sie uns Ihre Pläne dar, damit Sie nicht in Konflikt mit dem Versammlungsgesetz kommen. Das ist nach unseren und sicher auch nach Ihren Erfahrungen eine Aussprache, die beiden Seiten dient.

B.: Nur nebenbei bemerkt: Im letzten Vierteljahr waren die Beamten fast ständig im Einsatz wegen Demonstrationen und ähnlicher Sondereinsätze. Unser Dienstplan ist dadurch ganz durcheinander geraten. Jeder Umzug unter polizeilichem Schutz kostet Geld und Zeit. Ich werde demnächst eine Untersuchung machen, wieviel Stunden uns ausgefallen sind im Laufe der letzten Monate und wieviel Geld das die Stadt Darmstadt gekostet hat.

dds: Werden Sie aus dieser Statistik irgendwelche Folgerungen ziehen?

B.: Wir werden im bisherigen Sinne weiterarbeiten.

GEDENK- MARATHON

Der 17. Juni war wieder einmal ein großer Erfolg: die Sonne schien, die Straßen waren überfüllt, von den öffentlichen Gebäuden wehten die Flaggen, die Rundfunksender gaben sich besinnlich, bei den Unfällen am

Wochenende starben 43 Menschen, und allüberall in der Bundesrepublik wurden Gedenkstunden abgehalten – ca. 40 000 Stück, so wußte die dpa zu berichten.

Wie die dpa zu dieser Zahl kam – ob sie pauschal pro Kopf der Bevölkerung eine mittlere Gedenkzeit von zweieindrittel Sekunden (\cong „Macht das Tor auf!“) ansetzte oder ob sie die Zahl der Bundes-, Landes- oder Kreistagsabgeordneten, der Gymnasialdirektoren mit humanistischem Einschlag und anderer Volksredner überschlug – das sei hier nicht untersucht; es scheint dort wenigstens noch Leute zu geben, denen die deutsche Frage eine Her-

zensangelegenheit ist. Legt man einmal die Stunden hintereinander und umgeht so die befremdende Feststellung, daß ein Tag mehr als vierundzwanzig Stunden haben soll, dann ergibt sich die stattliche Summe von vier Gedenkjahren, sechs Gedenkmonaten und vierundzwanzig Gedenktagen.

Was das bedeutet, ist wohl klar: Bis zum 11. Januar 1972 sind die bundesrepublikanischen Verpflichtungen gegenüber den Bewohnern der DDR abgeleistet. Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung die Konsequenzen daraus zieht und die Feier des 17. Juni bis dahin aussetzt; danach wird sich ohnehin keiner mehr daran erinnern. ff



THD-Faustballer Nationalspieler

Einen schönen Erfolg verbuchten die Faustballer, die die deutsche Studenten-Nationalmannschaft stellen, in Würzburg bei zwei Vergleichskämpfen gegen die österreichische Studenten-Nationalmannschaft. Obwohl die Österreicher drei Nationalspieler in ihren Reihen hatten, gelang es ihnen nur selten, die Darmstädter in Verlegenheit zu bringen. Roblick, Franke, Geismar, Becker, Heinrichs und Sorger gewannen beide Spiele (31:27 und 37:27) überlegen.

Leichtathleten erreichen 31 620 Punkte

Bei dem Mannschaftskampf im Rahmen der Deutschen Hochschulmeisterschaft zwischen der Uni Mainz, der Uni Marburg und der Technischen Hochschule Darmstadt erreichten die TH-Studenten mit 31 620 Punkten den zweiten Platz in der augenblicklichen deutschen Rangliste. Lediglich die Uni Mainz, die mit 33 460 Punkten den Wettkampf gewann, rangiert vor Darmstadt. Der erwartete Zweikampf zwischen der Uni Mainz und der THD fiel wegen dem großen Verletzungspech unserer Athleten (Herzbach, Liese, Hellbach, Steinmetz und Jesberg) leider aus. Überrasgender Wettkämpfer war der Mainzer Dirck Neu, der mit 17,43m persönliche Bestleistung im Kugelstoßen erreichte und anschließend den Diskus noch auf eine

Weite von 56,82 m schleuderte. Erwartungsgemäß holte Lutz Philipp (THD) mit Siegen über 1500 m und 5000 m die meisten Punkte. Ihre erste Niederlage seit langer Zeit mußte die 4x400-m-Staffel in der Besetzung Braun, Schmitt, Engelhard und Hanika gegen die Uni Mainz einstecken. Für beide Staffeln wurde eine Zeit von 3:15,2 min. gestoppt.

Handballer zweimal klar überlegen

Zu den erwarteten Siegen kam die Handballmannschaft in ihren beiden Spielen gegen die Wirtschafts-Hochschule Mannheim. Mit einem Elf-Torevorsprung aus dem Vorspiel (19:8) hatten sich die Handballer eine gute Ausgangsposition für das Rückspiel in Mannheim geschaffen. Auch in diesem Spiel waren die Darmstädter Studenten klar überlegen; sie führten bereits nach 15 Minuten 8:1. Das Endergebnis (15:12) resultiert aus Toren von Dietrich (6), Zöll (3), Endlich (3), sowie je einem Treffer von Sähn, Kittel und Enders.

Der nächste Gegner in der zweiten Runde ist die Uni Erlangen, die jedoch der komplett spielenden THD-Mannschaft nicht mehr als einen Punkt abjagen dürfte.

Fußballer in der Zwischenrunde ausgeschieden

Die Hoffnung auf eine Wiederholung des vorjährigen Erfolgs als Vizemeister mußten die Fußballer in ihrem Zwischenrundenspiel gegen die TH Karlsruhe in Heidelberg begraben. In dem von beiden Seiten mit großem Einsatz geführten Treffen gelang Karlsruhe kurz nach dem Wiederanpfiff das entscheidende Tor, wobei die Abwehr der THD nicht ganz schuldlos war. Alle Versuche, das Ergebnis zu verbessern, scheiterten an der Abwehr der TH Karlsruhe, die es geschickt verstand, das 1:0 über die Zeit zu retten. Die Niederlage bedeutet für die Fußballmannschaft das Ausscheiden aus der diesjährigen DHM.

Lutz Philipp Sportsstudent an der TH

Eine Verstärkung für unsere Leichtathletik-Truppe bedeutet der Zugang des Deutschen Waldlaufmeisters Lutz Philipp, der seit dem SS Sport und Mathematik in Darmstadt studiert. Mit seinen Kommilitonen Karlheinz Steinmetz, Reiner Liese, Karlheinz Herzbach, Achim Becker, Helmut Lange, Manfred Hanika, Hans Hellbach, Bernd Nowak und Bernd Engelhard hat die Technische Hochschule eine kampfstärke Truppe, die einen Vergleich mit anderen Universitäten und Hochschulen nicht zu fürchten braucht.

Hockeymannschaft unschlagbar

Seit dem Neuzugang von Nationalspieler Kittstein scheint die TH-Hockeymannschaft unschlagbar. Nach ihrem überraschenden 2:1-Sieg über den amtierenden Deutschen Hochschulmeister aus Heidelberg kam die Hockeymannschaft auch in Frankfurt zu einem 2:1-Erfolg gegen die 1. Mannschaft von Frankfurt 80. Diese gute Leistung aus den Vorbereitungsspielen wiederholte die Mannschaft auch in ihrem ersten Vorrundenspiel gegen die TH Aachen. Das 4:1 Endergebnis entspricht dem einseitigen Spielverlauf. Kittstein (2), Warlich und Dillmann schossen die Tore für die TH.

Tennissieg über die WH Mannheim

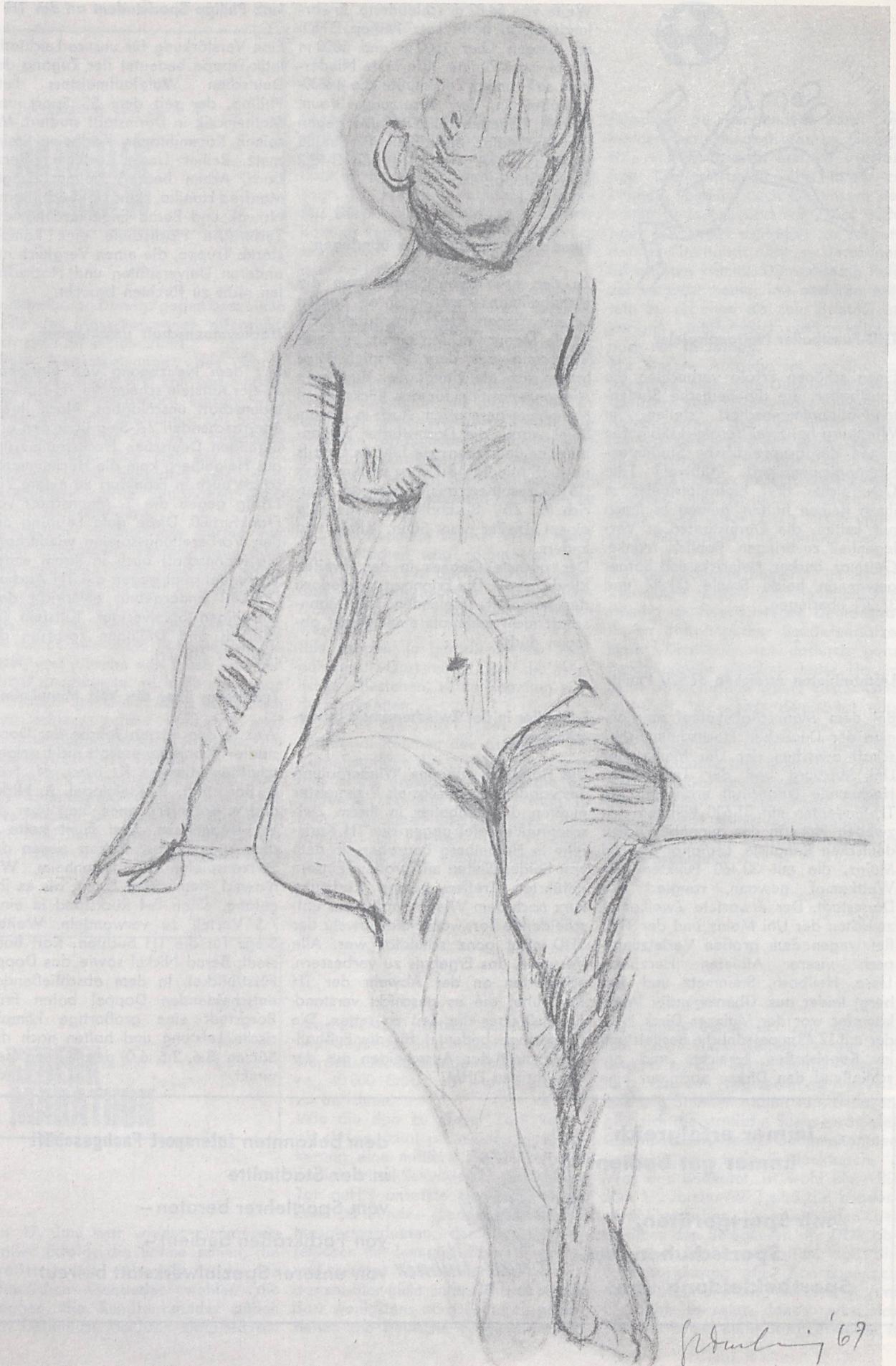
Was in den letzten Jahren der Darmstädter Tennismannschaft nicht gelang, schafften diesmal K. Fürst, N. Früh, K. Borgstedt, B. Kleinlogel, B. Nickel und v. Bothmer: einen Sieg über die WH Mannheim. Kurt Fürst holte in dem spannenden Treffen gegen den Spitzenspieler aus Mannheim, Wisniowski, den ersten Punkt, als es ihm gelang, einen 0:4 Rückstand in einen 7:5 Vorteil zu verwandeln. Weitere Siege für die TH buchten: Karl Borgstedt, Bernd Nickel sowie das Doppel Fürst/Nickel. In dem abschließenden, entscheidenden Doppel boten Früh/Borgstedt eine großartige kämpferische Leistung und holten nach drei Sätzen (8:6, 2:6, 6:0) den fünften Siegpunkt. kko

**... immer erfolgreich
immer gut bedient**

**mit Sportgeräten,
Sportschuhen und
Sportbekleidung von**



**dem bekannten Intersport Fachgeschäft
in der Stadtmitte
vom Sportlehrer beraten –
von Fachkräften bedient –
von unserer Spezialwerkstatt betreut**



Edvard Munch '67

Dietrich Ebersbach / Wolfgang Mengel

AM LIEBSTEN MALEN!

Wir sprachen mit zwei Merckpreis-trägern dieses Jahres: Claudia Gürsching, 11. Semester Architektur, und Walter Rolfes, 9. Semester Architektur, Hilfsassistent am Lehrstuhl von Professor Müller-Linow. Wie schon in unserer letzten Ausgabe berichtet, teilen sie sich den Preis über 2000 DM in der Klasse C (Malerei, Graphik und Plastik) und sind die einzigen Preisträger dieses Jahres, da in den beiden anderen Klassen nur Anerkennungsprämien verteilt wurden.

Bei einer Tasse Kaffee sitzen wir zusammen und sind neugierig, Fräulein Gürsching und Herrn Rolfes kennenzulernen. Wir stellen Fragen, sind aber bald in einer Unterhaltung. Rolfes spricht ruhig und mit fester Stimme, Fräulein Gürsching etwas leiser, weniger, aber sehr bestimmt.

C. G.: „Ich habe schon als Kind gezeichnet, vielleicht immer mit dem stillen Wunsch, Malerin zu werden. Von zu Hause und der Schule (Realgymnasium in Frankfurt) gab es kaum Anregungen. Wie das eben in einer höheren Töchterschule ist. Glücklicherweise war diese Umgebung nicht schädlich, und ich konnte ungestört mit Pinsel und Bleistift herumprobieren.“

W. R.: „Zeichnen machte mir Spaß. Kurse in der Volkshochschule waren die einzige Anleihe dazu. Der Unterricht am humanistischen Gymnasium in Worms konnte einem das Zeichnen höchstens verleiden. Im Abitur wählte ich den Kunstunterricht als Prüfungsfach. Alles, was ich tun mußte, war, meine bisherigen Arbeiten, Landschaften und

Akte, vorzulegen. Kunststudium? Nur in Gedanken. In Prag machte ich einen Besuch in der Kunstakademie und war begeistert. Doch das Architekturstudium erschien mir damals näherliegend, greifbarer. Meine besten Abiturnoten hatte ich übrigens in Physik und Mathematik.“

Auch Claudia begann sofort nach dem Abitur ihr Architekturstudium, aus der nüchternen Einschätzung ihres Könnens, in der bewußten Beschränkung ihres Tuns, obwohl: „Mich ärgert, was ich nicht machen kann.“ Und sie macht viel. Musik steht obenan, heute mehr mit der Schallplatte, obwohl sie lange Zeit Klavierunterricht hatte: Brahms liebt sie sehr. Sie liest gerne Thomas Mann und beschäftigt sich in letzter Zeit mit Sozialwissenschaften und Politik, „weil man darüber auch Bescheid wissen muß.“

W. R.: „Malen bleibt mein Hobby. Natürlich würde ich mich lieber nur mit Malerei beschäftigen. Aber die Frage nach dem Verdienst, nach dem, wovon ich leben soll, ließe sich dadurch in nächster Zukunft nicht beantworten.“

Wir haben uns viele Bilder von ihnen angesehen. Beide, Claudia und Walter, malen gegenständlich, Landschaften, Architektur, Akte. In den Zeichnungen und Gemälden beider spiegelt sich eine Kontinuität der Entwicklung wider, die von der „pubertären Auseinandersetzung mit sich selbst bis zur Beschäftigung mit malerischen Problemen führt.“ Ihre Bilder lassen die Möglichkeit zur Abstraktion erkennen. Sie beherrschen ihr Handwerk.

W. R.: „Zeichnen soll ohne Zorn, ohne Affekt geschehen! Ich beschäftige mich solange mit einem Gegenstand, bis ich von ihm frei komme. Dadurch beherrsche ich ihn und kann erst dann richtig anfangen zu zeichnen und zu malen.“

Beide lieben die Sonne des Südens, das Licht der Provence.

C. G.: „In der Provence bin ich glücklich, soweit man das sagen kann.“

„Dort löst die Sonne die Formen auf. Alles gerät in Bewegung, verliert seine Starrheit. In der Provence muß man malen. Die Landschaft kommt auf einen zu. In Deutschland sieht es immer kalt aus. Das Licht ist zu matt.“

W. R.: „Hier ist alles zu grün!“

Claudia malt ihre Landschaften auf große Formate in Aquarell und Tempera. Sie führt den Pinsel schnell und mit breiten Strichen über das Papier, deckt den weißen Untergrund nicht zu, sondern läßt durch ihn die Farben leuchten. Ihre Landschaftsbilder haben etwas Zufälliges an sich, ohne kraftlos zu sein.

Rolfes setzt seine Pinselstriche dichter. Van Gogh und Cezanne werden sichtbar. Die Bewegung der Formen geht bei ihm ins Barocke über. Seine Vorliebe für Tintoretto, Tiepolo und Varonese zeigt sich ebenso in seinen Zeichnungen und Radierungen. Sein Interesse für die Musik von Bach und Telemann kommt nicht von ungefähr. Wir fragen, wie sie malen können, immer andere, vielleicht bessere Künstler vor Augen.

W. R.: „Man ist immer auf der Suche nach etwas Neuem. Aber ohne das Fundament eines gründlich Erlernten wäre eine Suche sinnlos. Wenn ich in einer Ausstellung war, denke ich manchmal, es sei doch besser aufzuhören. Es ist aber falsch, den Revolutionär spielen zu wollen. Ich male weiter, weil es mir Spaß macht. Die Revolution muß von allein kommen.“

C. G.: „Diese Frage läßt sich nie beantworten. Ich wünsche mir nur, immer malen zu dürfen. Das Wie steht jetzt, wenn man das Handwerk gelernt hat, nicht sichtbar im Vordergrund. Leider haben wir neben dem Studium zu wenig Zeit, um länger an einem Thema zu arbeiten. Nur dann könnte man wirklich etwas leisten.“

Wer die Ausstellung ihrer Bilder im Studentenkeller im Schloß gesehen hat, wird es bedauern, daß beide für die Ausübung ihres „Hobbys“ so wenig Zeit haben. Doch es ist zu hoffen, daß Claudia nach Abschluß ihres Studiums mehr tut, als Häuser bauen. Rolfes hat jetzt schon Angst vor dem ‚business‘ eines Architekten und würde sich gerne hinter das Reißbrett verkriechen und nur entwerfen. Am liebsten würde er natürlich malen.

MEINE MUTTER MACHT MIST MIT MIR

Die Deutsche Akademie der darstellenden Künste in Frankfurt hat in Verbindung mit dem Hessischen Rundfunk die „Experimenta 2“ veranstaltet.

Die Woche für experimentelles Theater wurde am 2. Juni mit dem Musical „Gesang vom lusitanischen Popanz“ von Peter Weiss eröffnet. Das La Ma-Ma-Theater führte sechs Stücke des off-off-Broadway-Theaters auf: P. Forsters „Hessian Corporal“, R. Owens „Futz“, L. Melfis „Times Square“, L. Wilsons „Untitled Play“, S. Shepards „Melodrama Play“ und T. Eyens „The White Whore“. Außerdem standen vier Stücke von Mauricio Kagels „Musikalischem Theater“, „Meine Mutter Macht Mist Mit Mir“ von Ann Jellicoe, das Drama „Frau L“ von Hans Günter Michelsen und Ignazy Witkiewiczs „Narr und Nonne“ auf dem Programm. Am 10. Juni wurde die „Experimenta 2“ mit Jérôme Arrabals Stück „Le Labyrinthe“ abgeschlossen.

„Die Experimenta kann, auch wenn

RUM and
MAPLE

Original-amerik. Pfeifentabak.
Wird jetzt in Deutschld. hergestellt.
Durch Zollersparnis nur 2.50DM

Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

drei Aufführungen (Wilson, Kagel, Michelsen) diesmal eigens für sie hergestellt wurden, immer nur Forum sein für ohnehin Vorhandenes, Kontaktzone für Arbeiten, die sehr entfernt voneinander entstanden sind. Mancher mag unter den Stücken und Inszenierungen das ganz zwingend Überzeugende, das außerordentlich Neue verblich suchen...“ (Katalog der Experimenta, Peter Iden.)

Wie allenthalben bei den modernen Künsten, so wird auch beim Theater

experimentiert; man sucht neue Formen sowohl im Stoff als auch bei der Darstellung auf der Bühne. Der Zuschauer soll seine Passivität aufgeben, der Theaterbesuch soll nicht das gesellschaftliche Ereignis sein, bei dem man in der Pause gesehen wird, schwatzt, und klug einherreden kann wie: „So schwach wie in der dritten Szene habe ich den Hauptmann Dingsbums noch nie gesehen“, sondern der Betrachter soll herausgefordert werden zum „Scheiße“-Schreien, weil ihm das Stück nicht gefällt, er soll sich in jedem Fall aber mit dem, – wenn auch für ihn unverständlichen –, Vortrag auseinandersetzen. (Weil er noch auf etwas Besonderes wartet, wird er auch bis zum bitteren Ende durchstehen, das gehört sich so.)

Der Zuschauer hat es im modernen Theater schon schwer: Vor seinen Augen spielen irgendwelche Personen, tragen ein Schild um den Hals auf dem „Bischof“ oder „Wald“ steht, sprechen das übelste Straßendeutsch, das sich noch nicht einmal reimt, benehmen sich auf der Bühne, als wären sie unter sich, wo – fragt sich da der „Ungebildete“ – wo ist denn da die Kunst? Nun, mit einem klassischen Theaterstück kann man Aufführungen auf Studiobühnen, wie sie z. B. bei der Experimenta 2 gezeigt wurden, nicht vergleichen, jeglicher Rahmen darf hier gesprengt werden und warum sollte es nicht versucht werden?

Daß ein Richter mit einer Ziege flirtet, ein gefangener Liebhaber im Klosett endet, mag manche Zuschauer schockieren, weil das nicht der Wirklichkeit entspricht; wenn man sich jedoch nicht so eng an die vordergründige Handlung klammert und das wirre Knäuel von Szenen und Auftritten auflöst und entknotet, steht als Hauptthema meist hinter einem Stück ein Mensch in der heutigen Zeit, einsam, unwichtig, angegewidert.

In Peter Weissens Stück „Gesang vom lusitanischen Popanz“ ist es der Kampf der unterdrückten Schwarzen gegen eine Kolonialübermacht, deren Repräsentant der Popanz ist, eine überle-

bensgroße Gestalt aus Blech und Schrott.

Der Popanz möchte für Lusitanien („Lusitanien erstreckt sich über die Meere, Lusitanien ist unteilbar und ewig“) ein großes Ziel erfüllt sehen:

POPANZ

„Ich erhalte meine Befehle / von Gott dem Herrn / Es ist Lusitanien Aufgabe / die göttliche Botschaft / auf Erden zu verbreiten / Immer wieder hat die Geschichte gezeigt / daß der Mensch sich selbst / nicht zu lenken vermag / Er bedarf der Leitung einer Autorität / die ihn davor bewahrt / dem Eigennutz und dem Materialismus zu verfallen / In Wettlauf um den ökonomischen Gewinn / und um die Hebung des Lebensstandards / und heraufbeschworen wird / das Zeitalter der Seelenlosigkeit / und Leere / Mein Ziel ist / den Menschen vor den Versuchungen / des Abgrunds zu retten / und ihn zu erziehen / zu einem moralischen Wesen / das sich ständig bewußt ist / der anderen und höheren Welt / die jenseits der vergänglichen Welt / der Technologie / existiert“

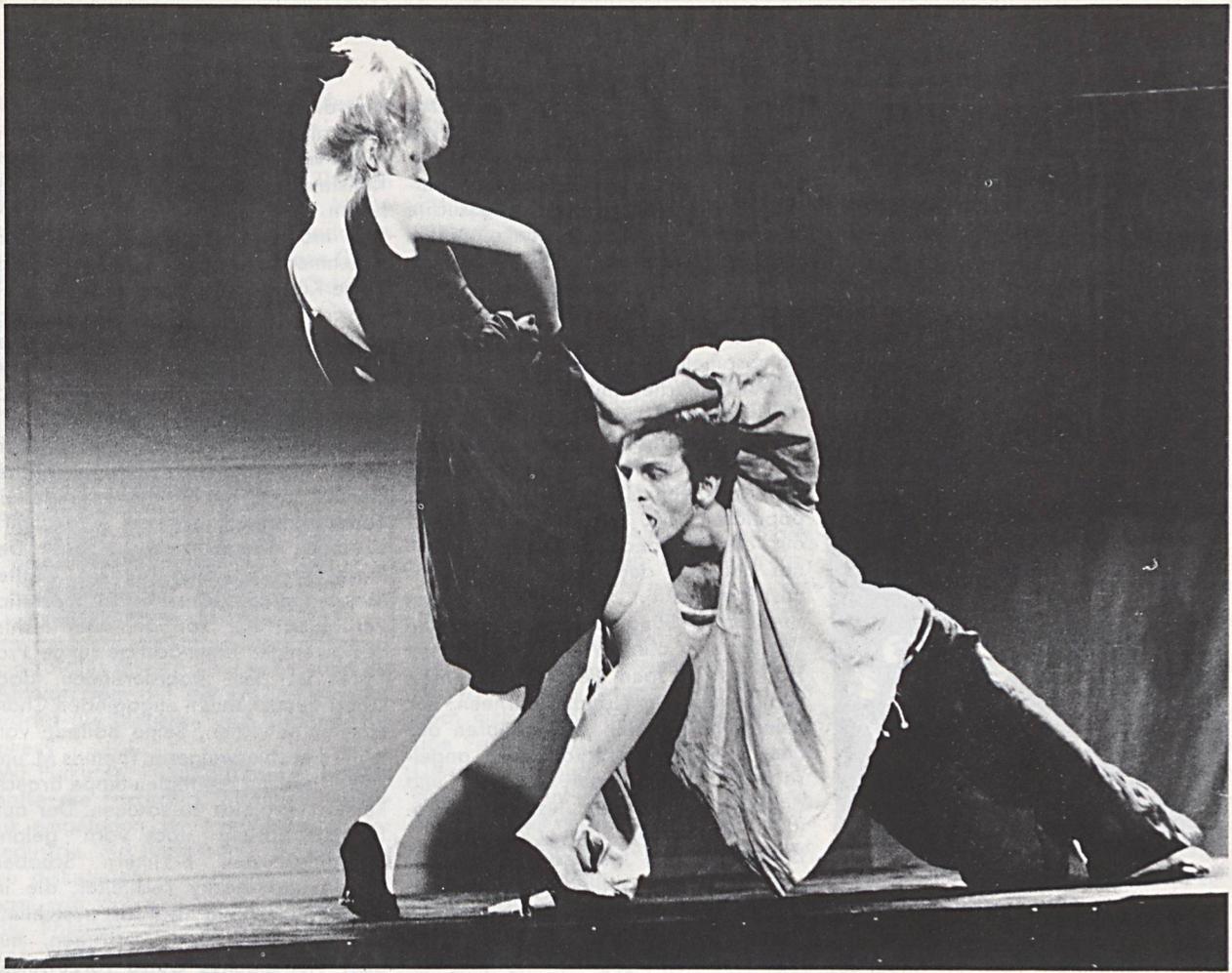
POPANZ

„Besonders / auf unsere schwarzen Mitbürger / in den überseeischen Provinzen / zielen die Konspirationen / des Feindes ab / Auf Grund ihrer Unreife / ihrer kindlichen Zurückgebliebenheit / sind sie anfällig / für die Aufwiegelungsversuche / jener Elemente / die es auf die Zerstörung / unserer Ideale / abgesehen haben.“

Das Ende des Stückes zeigt ein unterdrücktes, geknechtetes Land nach einem niedergeschlagenen Aufstand, das der „Block der Kolonialisten“ schon sein eigen nennt.

Von jedem der 7 Spieler kann in diesem Stück alles repräsentiert werden, das gesamte Volk, der Erzbischof, die schwangere Frau, Weiße und Schwarze, Einzelne und Masse.

Für den Zuschauer ist es oft schwer, die einzelnen Rollen zu trennen und sich mit den „verkehrten“ Personen zu identifizieren. Weil er das bei manchen modernen Theaterstücken nicht kann und nicht können soll, wird er gezwungen, selbst zwischen Gut und Böse, zwischen Gerech und Ungerecht zu entscheiden, gleich, wer solches Handeln in Anspruch nimmt, der Schwarze in der Lehmhütte oder der Herrenpopanz aus Blech. do/ws





Deutschlands Newport liegt im Hunsrück. Das deutsche Gegenstück zum sagenhaften „Folk Festival“ findet seit 1964 in wildromantischer Umgebung auf der Burg Waldeck statt und heißt „Chanson-Folklore-International“. Die gigantischen Zuschauerzahlen des amerikanischen Folksong-Mekka (1959: 15 000, 1964: 70 000) erreicht „die Waldeck“ nicht, ebensowenig ist ihr eine ähnliche Publizität beschieden (jährlich erscheinen vier LPs vom Folk Festival). Besonders die deutsche Massenpresse bemüht sich standhaft, dieses Treffen der unbequemen Sänger totzuschweigen.

Wenn man von Äußerlichkeiten absieht, braucht das Chanson-Folklore-International den Vergleich mit dem Folk Festival in Newport nicht zu scheuen. Die Veranstalter, die Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck (ABW), bemühen sich, einen ebenso weiten Rahmen zu stecken und alle Aspekte des „Liedes“ aufzuzeigen: Während in Amerika die Skala zum Folkblues hin erweitert wird, bietet die Waldeck gewissermaßen am anderen Ende die europäische Kunstform des Chansons. Im Mittelpunkt allerdings steht hier wie dort das engagierte Lied, der Protestsong. Daneben gibt es, ebenfalls nach gutem Vorbild, workshops, Vorträge, Diskussionen. Hauptthema war in diesem Jahr das Arbeiterlied, das politische Lied. Dazu hielten Theoretiker und Praktiker aus West und Ost (DDR!) Vorträge, darüber diskutierten

sie mit den Zuschauern, die in Zelten übernachteten und im rauen Wind froren.

Die internationale Folklore war vertreten durch wenige, aber ausgesuchte Interpreten. Da war die dunkelhäutige Nadia Cattouse aus Britisch Honduras, ehemals Lehrerin, heute Schauspielerin und Sängerin, die aus ihrer Heimat die unbeschwernten, sonnendurchglühten Calypsomelodien voller Lebensfreude und Arbeitsscheu mitbrachte. Eine Virtuosa auf dem Five-String-Banjo, das, richtig gespielt, die Klarheit und Reinheit einer Harfe erreicht, ist Hedy West aus den USA. Die Autorin des populären „500 miles“ sang diesmal auf der Waldeck „industrial songs“ aus der Zeit der amerikanischen Industrierevolution. Stammgäste beim Hunsrück-Sängerwettbewerb sind die Engländer Colin Wilkie und Shirley Hart sowie John Pearse, von ihren zahlreichen Deutschlandtourneen her keine Unbekannten. Sie schöpfen aus dem riesigen Reservoir der angelsächsischen Volkslieder, teils blutig und dramatisch, oft aber lustig und ironisch. Die beiden Spanier aus Heidelberg, Juan und José, sangen ihre katalanischen Protestlieder gegen das Franco-Regime mit Überzeugungskraft und Mut, ungeachtet möglicher Nachteile für ihre Person.

Besonders gepflegt wird auf der Burg das historische Lied. Der Genfer René Zosso führte wie im Vorjahr seine Radleier vor, der Flame Julos Beaucarne sang französische Lieder aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Die Pirmasenser Zwillinge Hein und Oss Kröher (jetzt auch auf Schallplatte bei CBS) haben sich auf deutsche Soldatenlieder spezialisiert, Lieder aus einer Zeit, als der Soldat noch nicht eine so gute Überlebenschance hatte wie heute und unter dem Krieg genau so leiden mußte wie die Zivilbevölkerung. Michael Wachsmann und Christoph Stählin (nicht zu verwechseln mit Christopher und Michael, den beiden blonden Goldbuben aus Frankfurt, die gegen alles Schlechte und für alles Gute sind) brachten Shakespeare-Lieder und eine sehr hübsche Rokoko-Gavotte.

Erschütternd war der Auftritt des Polen Alex Kulisiewicz. Seine Lieder stammen aus der jüngsten (und traurigsten) Vergangenheit Deutschlands: aus dem KZ. Ergreifend und beschämend zugleich, den Polen in gebrochenem Deutsch seinen Vortrag erläutern zu hören; wie er von seinen Mithäftlingen spricht, wie er in einer Abwandlung der alten jiddischen Ballade von den zehn Brüdern den Chor der Todgeweihten nachahmt und wie das Lied abbricht mit dem brutalen „Alles raus!“ der SS-Männer.

Vor diesen Geschehnissen und ihrem musikalischen Ausdruck können wir uns nicht verschließen; man möchte Alex Kulisiewicz im nächsten Jahre wieder hören.

Das moderne deutsche Lied wird in zunehmendem Maße vertreten durch junge Künstler. Der Nachwuchs ist vielversprechend: Da ist zunächst ein Graphiker aus Berlin zu nennen, Hannes Wader. Er ist kein politischer, kein programmatischer Sänger, seine Motive sind mehr die „Kleinen Dinge“: die Sorgen eines Untermieters (Wirtin findet beim Bettenmachen weibliches Hemdchen), seine Berliner Freunde (ein Todesstrafengegner, ein rauschgift-süchtiger Gammler, ein Homo). Der Freiburger Soziologiestudent Walter Mossman hat sich seit 1966 beachtlich verbessert; der zornige, aber nichtsdestoweniger ohnmächtige junge Protester ist dem ironisierenden, doch scharf zupackenden engagierten Chansonnier gewichen. Seine Ballade vom Wehrdienstverweigerer Thomas M. und seiner ganzen renitenten Sippe braucht keinen Vergleich zu scheuen. Der auffälligste Sprung „nach vorn“ gelang allerdings den Berlinern Schobert Schulz und Blacky Lechleiter, die im vergangenen Jahr noch fast ausschließlich Grasshoff-Texte vortrugen, nun aber viel eigenes Gutes vorzuweisen hatten. Die Sieger des Folksong-Wettbewerbs des Süddeutschen Rundfunks (mit einer Christopher- und Michael-Parodie, einem Anti-Protestsong) trugen das Lied vom armen Zuckerbäcker vor, der im Krieg seine Tortenspritze verliert und deswegen vom Tod durch Kandieren verurteilt wird. Für die Kenner lateinischer Spruchweisheit sind seine letzten Worte bestimmt: Es ist nicht ehrenvoll, mein Ende, aber süß. Die alte Garde des deutschen Chansons bevorzugt im Gegensatz zu den Jungen mit ihren Gitarren das Klavier als Begleitung. Der unbequemste Studienrat der BRD, Walter Hedemann aus Hameln, treibt seit Jahren Deutschlandpolitik mit seinen „neudeutschen“ Liedern, die sich mit dem Verhältnis des Bundesbürgers zu seinen Brüdern und Schwestern in der Sogenannten beschäftigen. Diesmal lieferte er in einem „Brief nach drüben 67“ ein bissiges Adenauer-Requiem. Der Mainzer Hanns Dieter Hüsch, bewährter Solokabarettist, ließ sich diesmal neben seinem Klavierspiel auch noch von Baß und Schlagzeug begleiten. Er verließ damit ganz und gar den Bereich der intimen Kleinkunst und geriet von der Form her in gefährliche Nähe des seichten Schlagers. Ungekrönter König des Burg-Festivals war einmal mehr „Väterchen Franz“ – (so der Titel seiner neuesten LP) – Josef Degenhardt,

der mit einer Menge neuer Lieder erschienen war. Zwischen Spökenkiekereien und Zeitanalyse, zwischen Rumpelstilzchen und Vietnam liegen die Themen der Lieder des rotbärtigen Dr. jur. Nachhaltigen Eindruck machte ein modernes Landsknechtlied, das das ganze Elend des schmutzigen Krieges in Ostasien

zeigt: „Weit hinter dem Heer“. Auch dieses Jahr verlief das Folklore-Festival auf der Burg Waldeck nicht störungsfrei (1966 brannte die Bühne ab!). Nerother Wandervögel machten Reklame gegen die Veranstaltung, Mikrofonkabel wurden zerschnitten, Wasserhauthähne abgesperrt, die

Stromversorgung beschädigt. Doch dadurch läßt sich niemand ernstlich stören. Das Chanson-Folklore-International IV war ein schöner Erfolg für alle Beteiligten, und es wird sich für den beatmüden Zeitgenossen lohnen, auf die jungen Stimmen aus dem Hunsrück zu hören. fari

JUNGER DIPLOM- PHYSIKER MIT LANGJÄHRIGER ER- FAHRUNG GESUCHT

Ein solches Inserat könnte beinahe die Antwort sein auf die Frage: Was erwartet die Industrie vom Diplom-Physiker?

Mit Plakaten, Flugblättern und Briefen hatte die Fachschaft Mathematik/Physik eingeladen, um mit Vertretern der Industrie und Professoren diese Frage zu diskutieren. Der große Physikhsaal war gut gefüllt; die Professoren der Fakultät, insbesondere die Physiker, waren zahlreich erschienen; das Thema versprach, Gegensätze aufzuzeigen.

Den ersten der beiden Kurzvorträge des Abends hielt Herr Dr.-Ing. H. Toeller, Vorstandsmitglied und Technischer Direktor der Firma Hartmann und Braun AG, Frankfurt.

Seine einleitenden Überlegungen zur Lage am Stellenmarkt gipfelten in einem Zitat, nach dem die Hochschule ein „Dienstleistungsunternehmen“ sei, das dem Markt „geeignete Kräfte“ zu liefern habe; die Hochschulen würden sich aber verhalten wie „staatliche Monopolbetriebe planwirtschaftlicher Art, bei denen jede Rückkopplung zum Markt fehlt“. Da etwa die Hälfte aller Physiker sich in der Industrie mit technischen Anwendungen beschäftigen müsse, sei eine technisch orientierte Ausbildung notwendig. Neben einem breiten physikalischen und mathematischen Grundlagenwissen seien vor allem Meßtechnik, Regelungstechnik, Verfahrenstechnik, Betriebswirtschaftslehre, Grundlagen der Elektrotechnik und Maschinzeichnen notwendige Voraussetzungen. Die Theorie könne stark eingeschränkt werden, Quantenmechanik sei wohl entbehrlich. An manchen Universitäten würden in der Mathematik gar noch wochenlang Existenzbeweise geführt (starkes Zischen und Klopfen). Es sollten „die Voraussetzungen geschaffen werden,

die vor vierzig Jahren hier in Darmstadt schon einmal vorhanden waren“.

Eine wesentlich andere Auffassung vertrat Herr Dr. phil. Dr.-Ing. E. h. K. Steimel, bisheriger Direktor des Forschungsinstituts der AEG, der anhand von sehr illustrativen Beispielen gerade aus der modernen Physik die verschiedenen Problemstellungen, denen sich ein Physiker in der Industrieforschung gegenübersteht, erläuterte. Ein wesentliches Beispiel war die bei noch nicht formulierten Aufgaben nötige Problemanalyse (system analysis). Diese könne nicht von der Hochschule für jeden Einzelfall gelehrt werden. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur selbständigen Problemanalyse solle aber entwickelt werden.

Herr Dr. Steimel illustrierte damit, ohne auf Lehrplaneinzelheiten einzugehen, die Geisteshaltung, zu der die Hochschule den Physiker erziehen solle.

In der Diskussion wurde einhellig gegen eine Ausbildung Stellung genommen, die ausschließlich die klassische technische Physik umfaßt. Vielmehr wurde verlangt, im Studium der modernen Physik und der Theorie genügend Raum zu geben. Theoretische Physik sei die Grundlage der Ausbildung; die heute gelehrtete Physik müßte in zwanzig Jahren noch anwendbar sein; dazu reiche die klassische Physik nicht aus. Wenn ein kurzes Studium gefordert werde, könnten nicht zu viele technische Einzelheiten in die Hochschulausbildung verlegt werden. Der Physiker solle Wissenschaftler sein, das heißt, er solle am Ende seiner Ausbildung das „Darüberstehen“ erreichen.

Studenten kritisierten die Industrie, die den Physiker offenbar bevorzugt als Feuerwehrmann gebrauche und in ihrer Forschung, und damit auch in den Tätigkeiten, die sie jungen Physikern bieten könne, unter dem internationalen Niveau liege. Herr Dr. Steimel sprach dazu vom „technological gap“; die europäische Industrie sei viel zu langsam in der Überführung von Forschungsergebnissen in die Anwendung; darin drücke sich ein Versagen des Managements aus.

Herr Dr. Toeller kritisierte die heutige Hochschulausbildung aufs schärfste. Er

forderte einen Physiker, der auf Kosten der Theorie und der heutigen Frontgebiete der Physik ingenieurmäßig versiert ist. Diese Forderung erscheint einseitig auf bestimmte schmale Arbeitsgebiete zugeschnitten und dürfte für die Meinung führender Industrieller nicht repräsentativ sein. Das die moderne Physik und die Theorie betonen- de Konzept der Hochschule wurde von Herrn Dr. Steimel bestätigt und in der Diskussion verteidigt und zwar, wie mir scheint, mit den besseren Argumenten. Wir können nicht bei dem vergilbten Bild des technischen Physikers von 1927 stehenbleiben, der unbekümmert klassisch rechnete und dafür die damaligen Ingenieurdisziplinen überblickte. Umfangreiche Gebiete, für die Regelungstechnik nur ein Beispiel ist, haben sich inzwischen längst von der Physik gelöst. Wo etwa Regelungstechnik verlangt wird, wird man den zuständigen Ingenieur bemühen müssen. Der Physiker kann sie nicht in die geforderte kurze Ausbildung einbauen, wenn er die Physik von 1967 (und diese wird in den nächsten zwanzig Jahren in den industriellen Anwendungen akut werden) einigermaßen überblicken soll.



Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

Die Hochschule leistet viel, wenn der Physikstudent während seiner Ausbildung lernt, die gedanklich schweren Nüsse zu knacken und sich in neue Gebiete einzuarbeiten. Vor ihm bisher unbekanntes Techniken braucht er dann nicht zurückzuschrecken, da er sicher sein kann, daß er ihr physikalisches Prinzip verstehen wird.

Wenn die Industrie auf die Mitarbeit von Physikern Wert legt, und das tat auch Herr Dr. Toeller, dann wird sie bereit sein müssen, ihnen spezielle Kniffe an Ort und Stelle selbst zu vermitteln. Sebo Reich

HOCHSCHULEFEST 1967/68

Bauklötze

Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Dr. G. Stoltenberg, sprach am Montag, dem 19. Juni, über die „Zukunftsaufgaben deutscher Wissenschaftspolitik“ im überfüllten Großen ET-Saal vor einem – wenigstens am Anfang – sehr gespannten Publikum. Die Rede des Ministers konnte die größtenteils sachkundigen Hörer aber nicht befriedigen, denn zuviele Aspekte waren – wie es vernünftige Dinge oft sind – zu selbstverständlich, vieles war durch häufige Publikation für dieses qualifizierte Auditorium – schon zur Trivialität geworden. Es war dies nicht der geeignete Ort, elementare Wissenschaftspolitik zu vertreten wie vor irgendeiner der Sache fernstehenden Interessengruppe. Der Minister hielt eine Baukastenrede mit Versatzstücken für studentische Wähler.

pizzicato

„Gekniffen, gezupft“ – das ist pizzicato. Franz Hohler, Cabaretist aus Zürich, zupfte am Dienstag der Hochschulfestwoche an den Gemütern der Zuschauer, zupfte zart und piff laut auf Cello, Geige, Harfe und mit Flöte, Piccolo, „Stradivari-Fagott“. Und er spielte!

Jede Rolle – einen Geiger, einen Harfner, Götz und Lady Macbeth – erweckte er zu einem komischen Leben. Er ließ klassische Figuren einkaufen gehen und über den Ladentisch (in den Zuschauerraum hinein) mit der Jungfer Verkäuferin schwatzen. Alles aus unbändiger Lust am Spiel. Der Höhepunkt des Abends war „Muspilli“ – die Predigt eines Mönchs aus dem 1. Jahrtausend. („Tantiemenverhandlungen mit den Nachkommen des Autors sind noch im Gange.“)

Wie der wilde Mönch die Weltuntergangspredigt (in Althochdeutsch) den Zuschauern ins Gesicht schwieg und schrie, mit der ganzen Gewalt und Wandelbarkeit eines Fanatikers, wie er drohte, beschrieb, sein Antlitz leuchten ließ und es mit erhabener Geste deckte, wie er Himmel und Hölle beschwor, wie er vor Rührung überließ und mit ätzender Stimme das Bild der Verdammnis den Andächtigen in die Seele malte... – es war der glänzende Höhepunkt eines großartigen Solocabarets.

Modernes Klavier

Norbert Grossmann spielte Klavierstücke dieses Jahrhunderts. Nach Alban Bergs Sonate op. 1 gab Grossmann eine kurze Erläuterung zu dem aliarisch zu spielenden Klavierstück 11 von Karl-Heinz Stockhausen. Das Programm enthielt ferner drei Klavierstücke op. 3 von Arnold Schönberg und Anton Weberns Variationen op. 1 und schloß mit einem Stück von Louis Andriessen. Grossmann spielte mit lebhaftem Engagement. Er beherrschte die Anschlag- und Pedaltechnik, wie sie von der neuen Musik gefordert wird, in bewundernswertem Maße.

Als Zugabe stellte der Pianist Gary McKenzie's musikalisches Happening ‚Actions and Reactions‘ vor.

Ein verblüfftes, aber begeistertes Publikum dankte für den seltenen Abend.

Schlappe für Links und Rechts

Während der Hochschulfestwoche fanden die Wahlen zum Studentenparlament 1967/68 statt, 95 Kandidaten bewarben sich um 60 Mandate. Das wieder wachsende Interesse der Studenten an ihrem Parlament zeigte sich auch in einer Wahlbeteiligung von 50% (1965: 53,5%; 1966: 45%). Bemerkenswert am Ergebnis der Wahl ist das schlechte Abschneiden der SDS-Kandidaten: zwei gewählt, fünf nicht gewählt. Von der HSU werden drei, vom SHB ein Mitglied in das neue Parlament einziehen, ebenso 11 Verbindungsmitglieder. Weitere 11 Korporierte konnten kein Mandat erringen. Leider wird kein Vertreter der Ausländer im Studentenparlament sitzen, ein Umstand, der bei der großen Anzahl ausländischer Kommilitonen an unserer Hochschule zu bedauern ist. Nicht gewählt wurden Sozialreferent Dedo Töpfer und der stellvertretende AStA-Vorsitzende und Finanzreferent Jobst Stumm.

Der derzeitige AStA-Vorsitzende Frank Wagner vereinte in seiner Fachschaft Kultur- und Staatswissenschaften die meisten Stimmen auf sich. Die Wahlbeteiligung betrug bei dieser Fachschaft 41,6% (1966: 40,2%). Sie wurde nur noch von den Chemikern mit 41,5% (38,2%) unterboten. Auch die Bauingenieure lagen mit 46,9% (37,8%) unter dem Durchschnitt. Überdurch-

schnittlich gut wählten die Architekten: 51,4% (50,7%), die Elektrotechniker: 53,3% (55,2%), die Mathematiker und Physiker: 54,6% (50,9%) und die Maschinenbauer: 55,1% (39,2%).

Applaus für „Acis und Galatea“

Händels weltliches Oratorium „Acis und Galatea“, 1957 schon einmal aufgeführt, war einer der Höhepunkte der diesjährigen Hochschulfestwoche, ein Fest des Gesanges: Der lyrische Tenor Georg Maran als Acis, die Sopranistin Hertha Kramolisch als Galatea und der große ‚Schrecken‘ verbreitende Baß Dr. H. O. Hudemann als Polyphem. Eine besondere Erwähnung verdient Gertraud Kramolisch als Damon, deren junger, dramatischer Sopran in Zukunft einiges erwarten läßt. Chor und Orchester folgten unter der Leitung von Prof. K. Marguerre bereitwillig der Dramatik des Oratoriums. Die große Zuhörerschaft dankte mit stürmischem Applaus.

Burlesker Apollinaire

1917 uraufgeführt – 1967 erstmals in Deutsch, übersetzt vom Regisseur Stefan Horn: Das surrealistische Drama „Die Euter des Theiresias“ von Apollinaire, gespielt vom Schauspielstudio der THD. Burlesk inszeniert, mit Hosen- und Rockrollen, in einer Popdekoration (Heilmann) bewies das „avantgardistische“ Stück mehr denn je die Qualität der Studentenschauspieltruppe. Birgit Kathan und Hansjürgen Schneider in den transvestitischen Hauptrollen ließen das Publikum feststellen: das Schauspielstudio ist keine Laienschar.

Der – ohne Bewerbung – vergebene Merckpreis (1000 DM) geht in Ordnung.

Kritischer Weg

Das Festkolleg „Der ‚Kritische Weg‘ des Studenten“ hielt Prof. Dr. E. Dülfer (Direktor des Instituts für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre). Die „Critical Path Method“ verwendet man zur Planung von komplizierten Großprojekten, der Kritische Weg ist jener Streckenzug in dem als „Netzplan“ dargestellten Arbeitsablauf, durch den der minimale Zeitaufwand für das Gesamtvorhaben festgelegt wird. Dieses mit der den Computern eigenen zwingenden Logik aufgebaute Verfahren verlangt eine exakte Aufgabenstellung und die genaue Kenntnis der einzelnen Arbeitsvorgänge. Schon – und vorläufig nur – aus diesem Grunde ist die Critical Path Method ein Verfahren, das man beim Aufbau der Studienpläne zu Hilfe nehmen sollte. Denn schließlich ist die Inangriffnahme eines Studiums ein außerordentlich komplexes Projekt, dessen Ziele sich nicht in einem Diplom erschöpfen, während dessen Verlauf aber auch vielfältige Störungen eintreten können, deren Einfluß auf das Ausbildungsziel und auf die Ausbildungszeit, die man minimieren möchte, möglichst geringgehalten werden soll.

Der Vortrag war mit großem Einfühlungsvermögen und viel Humor aufgebaut, leider wurde es den Zuhörern überlassen, sich die konkreten Konsequenzen der Anwendung dieses Verfahrens auszumalen.

Minimini!

Mehr als 6000 gestempelte Gäste folgten einander in ununterbrochenem Rundlauf über die Stätten des Hochschulballs. Hochsommerfestlich gekleidete Paare traten, stampften, schritten, hüpfen und tanzten viele Kilometer herunter. Mädchen mit Minimini und Damen mit Schuhspitzenfingern wanderten an den Händen ihrer Begleiter von Ort zu Ort, von Ballsaal zu Ballsaal.

Saunastimmung im Landesmuseum, wo die „Rattles“ (für 1500 DM) ganze 80 Minuten lang versuchten, mit ungeheuerlichen Lauten die Eingangshalle (Zoologische Abteilung) zum Erzittern zu bringen. Ganz vergeblich: Das kalte Weiß strahlte alle Lichter und Töne unvermindert gegen das Volk zurück. Es war eine Sache für Rattles-Fans. Neun weitere Kapellen und Bands. Das Orchester Willy Berking spielte in der Otto-Berndt-Halle. In kleinen Por-

tionen wurde ein großer Spieß-Ochse sehr schnell weniger. Gewaltige Mengen an Flüssigkeiten transpirierten durch die Menschen hindurch. (Das meiste Bier fand sich – destilliert – wieder in den vielen tausend Taschentüchern u. a.) Durch die Sackgassen des Hauptgebäudes drängelten sich die Ballbesucher auf ihren Wanderungen hin und zurück. Hin und her zwischen den dürftig dekorierten Tanzsälen, in denen massive Zigarettenreklamen von den unbekleideten Wänden und Schränken ablenkten. Hochbetrieb in den beiden Kinoräumen, wo sich die Erschöpften bei Woody Woodpecker ergötzen und erholten. Einige Studenten trieben dort subtile Scherze (Sie drückten über viele Stunden lang hin und wieder mal auf einen Lichtknopf). Der Schloßkeller bot zum ersten Mal in seiner kurzen, neueren Geschichte Gelegenheit zum Tanzen. Eine Eisdielen dort war Regenerierungsstätte für die Warmgetanzten. Die heiße Nacht war kurz. Es dämmerte ein warmer Morgen. Mit Beginn des Tages dann brachen die letzten auf, wohligh erschöpft, hinaus in die Freiheit. Die Prominenz traf sich nachher beim Schwimmen. dr

Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg Neuerscheinungen Juni/Juli 1967

- 960 Alexander King: Rosa Krawatten. Das seltsame und abenteuerliche Leben des Alexander King.
961/62 William Faulkner: Die Spitzbuben.
963/64 Paul Gallico: Die spanische Tournee.
968 C. Northcote Parkinson: Favoriten und Außenseiter. Eine Studie über den Erfolg in Wirtschaft und Gesellschaft.
6401 Ulrich Klever: Kochen, mein Snobby.
2121 Mac Gregor Urquhart: Ein Callgirl zuviel.
2122 Ross MacDonald: Anderer Leute Leichen.
212 Shakespeare: Was ihr wollt. (Englisch und Deutsch)
127 Hugo von Hoffmannsthal, dargestellt von Werner Volke.
277/78 Aaron Copland: Vom richtigen Anhören der Musik. Ein Komponist an sein Publikum.

- 274/275 Vilhelm Gronbech: Götter und Menschen. Griechische Geistesgeschichte II.
972 Penelope Mortimer: Kann man Jake lieben?
973/974 Alejo Carpentier: Explosion in der Kathedrale.
971 Bertold Brecht: Die Mutter. Ein Stück.
6604 Edwin Diamond: Schlafen – wissenschaftlich. Wie und warum wir träumen.
6402 Sybil Gräfin Schönfeldt: Kochbuch für geplagte Mütter.
2125 Harry Kemelmann: Am Samstag aß der Rabbi nichts.
2126 Patricia Highsmith: Alibi für zwei.

Fischer-Bücherei, Frankfurt a. M. Neuerscheinungen August/September 1967

- 824 Giorgia Bassani: Die Gärten der Finzi-Contini. Roman.
825 Tennessee Williams: Sommerspiel zu dritt. Erzählungen.
826 Günter Bruno Fuchs: Pennergesang – Gedichte und Chansons.
805 Mythen der Völker. Mythologien der Germanen, Slawen, Indianer, Ozeanier, Afrikaner, Esikomos u. a. Hrsg. Pierre Grimal. Buch des Wissens. (Deutsche Erstausgabe)
827 Stefan Andres: Positano.
828 Karl Bednarik: Die Programmierer – Eliten der Automation. Buch des Wissens.
853 Karl Häuser: Volkswirtschaft. Funk-Kolleg zum Verständnis der modernen Gesellschaft. Band II. (Originalausgabe)
854 James Joyce: Jugendbildnis.
829 Heinrich Mann: Eugénie oder Die Bürgerzeit. Roman.
830 Protest – Lieder aus aller Welt. Hrsg. Frederik Hetmann. (Originalausgabe)
781 Otto Jägersberg: Weihrauch und Pumpnickel. Roman.
832 David Divine: Der Knabe auf dem Delphin. Roman
833 Freiheit, die sie meinen. Hrsg. Uwe Schultz. Buch des Wissens. (Originalausgabe)
834 Historisches Lesebuch II: 1871–1914. Hrsg. Gerhard A. Ritter. (Originalausgabe)



Halloo-Wach ist das bewährte, unschädliche Mittel gegen unerwünschte Müdigkeit. Überall in Apotheken u. Drogerien.

Neuerscheinungen August/September 1967

- 965 Katherine Anne Porter: Der schiefe Turm und andere Erzählungen.
966 Elio Vittorini: Dennoch Menschen.
959 Roald Dahl: Der krumme Hund.
969/970 Marjorie Kinnan Rawlings: Spur unter Sternen.
967 Vaclav Havel: Das Gartenfest. Die Benachrichtigung. Zwei Dramen. Essays, Antikoden.
2123 Chester Himes: Schwarzes Geld für weiße Gauner.
2124 Peter Sander: Blues für Kitty.
133 Arthur Schopenhauer, dargestellt von Walter Abendroth.

The Beatles

Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band,
Electrola SHZE 401, DM 21,-

Sie stehen zwifach – einmal in Trauer, einmal in Phantasiuniform – vor einem frisch angelegten Grab mit der Blumeninschrift „BEATLES“, das umgeben ist von Chinoiserien, einer Puppe, auf der geschrieben steht: „Welcome the Rolling-Stones; good guys“ und einer Trauergemeinde von Filmschauspielerinnen aller Zeiten, Dichtern, Politikern, Abenteurern und Philosophen. Das ist die Hülle. Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band. Ist es ihr Grabgesang?

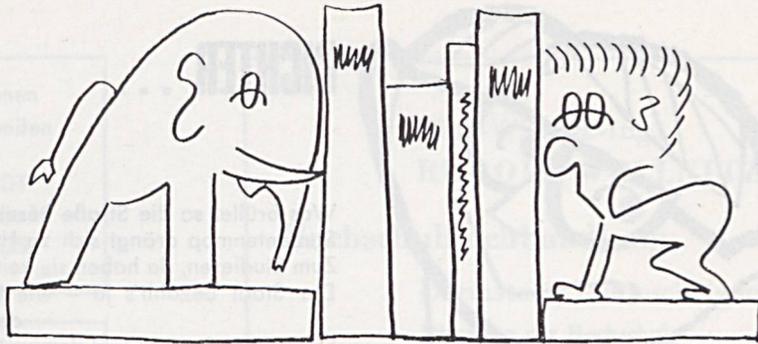
Mit ihrer neuen Platte haben die Beatles einen neuen Höhepunkt erreicht. Es ist faszinierend, ihre Entwicklung zu beobachten. Aus einer Band, die gute Populärmusik eines neuen Stils spielte, entwickelte sich eine Gruppe, die die Elemente der abendländischen Musik vom gregorianischen Tonsatz bis zu den Entwicklungen der Neuen Musik glänzend beherrscht, die sich erlauben kann, ein Stück in pentatonischer Tonart Indiens mit Cytharbegleitung zu spielen – George Harrison war eigens in Indien, um Satztechnik und Instrumentbeherrschung zu erlernen. Dazu eine Lyrik, die den Satz: „Lyrik ist nicht up-to-date“ Lügen straft. (Endlich sind einer Beatles-Platte die Texte beigefügt. Texte und Musik der Beatles bilden eine so vollendete Einheit, daß die Musik nicht voll verständlich ist, wenn die Texte nicht bekannt sind.)

Die Beatles haben ein Niveau erreicht, das nicht mehr von allen ihrer Anhänger verstanden wird. Bisher ist es ihnen glänzend gelungen, ihr Publikum mit ihrer eigenen Entwicklung Schritt halten zu lassen. Bei der neuen Platte heißt es für den Hörer arbeiten. Wohl sind Songs dabei, die sofort ins Ohr gehen, so das Titellied „Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band“, „She's Leaving Home“ mit Elementen englischer Liedkunst aus der Shakespearzeit oder „When I'm Sixty-Four“, diese Aufnahme in vordergründiger Übereinstimmung mit dem Text im Stil der Musik der Golden Twenties gehalten (wer heute 64 ist, lebte im Alter der Beatles in den zwanziger Jahren). Musikalisch sehr anspruchsvoll – keines der Lieder ist flache leichte Muse – ist besonders „Within You, Without You“ (im indischen Tonsatz), aber auch „Being for the Benefit of Mr. Kite“, „Good Morning“ oder „A Day in the Life“, das popartig eingefügte Orchesterstücke enthält. Die Platte klingt aus mit einem vierzig Sekunden lang anhaltenden, langsam abklingenden sehr romantischen Orchestererton. Typisch für die Beatles – das Leben ist schön, aber hart – dieser Ton soll keine Sentimentalität aufkommen lassen. Ein Pop-Effekt in der Abschaltrille weckt den Genießer auf. kf

Leo Löwenthal:

Das Bild des Menschen in der Literatur
Hermann Luchterhand Verlag GmbH.
Soziologische Texte Bd. 37, Paperback,
320 S., DM 16,80

Literatur als Reflexion gesellschaftlicher Zusammenhänge zu betrachten, ist das Unterfangen des Autors, der zu den Pionieren der modernen Soziologie zu rechnen ist. Zusammen mit Adorno und Horkheimer arbeitete Löwenthal am Institut



für Sozialforschung an der Universität Frankfurt, das in den zwanziger Jahren der bedeutendste und progressivste workshop der Soziologie in Deutschland war. Seine Protagonisten, zeitbezogen engagiert, waren stets scharfsinnige Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft, deren Mechanismen einschließlich ihrer Perversion zum Faschismus von ihnen früh in den verschiedensten Arbeiten dargestellt wurden. So datiert ein Essay Löwenthals über Knut Hamsun aus dem Jahre 1937, das Hamsuns Hang zum Anti-Intellektualismus, zum Blu-Bo-Mythos, zur Verschleierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und zur masochistischen Unterwerfung unter jede Art von Autorität aus seinen Werken deduziert, in Übereinstimmung mit der „Authoritarian Personality“ Adornos.

Dabei ist die Beziehung der Literatur zur Gesellschaft durchaus zweigleisig, indem sie einerseits Eigenschaften der Gesellschaft rezeptiv als Überbau abbildet und andererseits in einem primären Vorgang diese Eigenschaften durch Provokation beeinflusst.

So war, um beim Beispiel Hamsuns zu bleiben, dieser deswegen erfolgreich, weil er ein latentes Bedürfnis traf, dem er zu Darstellung verhalf, andererseits förderte er mit seinen überaus populären Werken antihumane Tendenzen der präfaschistischen Gesellschaft. Aber Hamsun ist nur das Ende der Entwicklung, die Löwenthal aufzeichnet. In der Darlegung der Stellung des Individuums in der Gesellschaft und seiner Reaktion auf sie spannt sich der Bogen der Untersuchung von Cervantes über Shakespeare, Moliere, Goethe und Ibsen. Schade, daß sie bei Hamsun endet, könnte man sich doch von einer soziologischen Analyse der Werke von Böll und Walsen zum Beispiel auch Aufklärung über Tendenzen der gegenwärtigen Gesellschaft versprechen. rg

R. Albrecht, H. Hochmuth:

Übungsaufgaben zur höheren Mathematik Teil III

R. Oldenbourg Verlag

131 S., 76 Abb., brosch. DM 14,80

Der Band enthält Aufgaben aus folgenden Gebieten: Gewöhnliche Differentialgleichungen erster Ordnung (elementar integrierbare Typen, graphische Verfahren, Kurvenscharen), gewöhnliche Differentialgleichungen höherer Ordnung, Systeme linearer Differentialgleichungen, partielle Differentialgleichungen und Fourierreihen. Diese Aufgaben eignen sich gut zur Vorbereitung auf die Vordiplomprüfung, zumal die Lösung in ausführlicher und erklärender Weise angegeben sind. Als Voraussetzung muß eine gründliche Kenntnis der Differentialgleichungen angesehen werden, da die Vielfalt und Vielzahl der Aufgaben ausschließlich dazu dienen soll, die nötige Übung und die notwendige Sicherheit zu geben. hve

Richard Doerfling:

Mathematik für Ingenieure und Techniker

R. Oldenbourg Verlag

7. Auflage, 660 S., 313 Abb., brosch. DM 19,80

Der Untertitel dieses Mathematikbuches, welches jetzt bereits in der 7. Auflage vorliegt, lautet: Ein Lehrbuch und ein Vademecum. An diesen beiden Begriffen sollte man dieses Buch messen.

Den Aufgabenbereich eines Lehrbuches wird der „Doerfling“ durch eine klar aufbauende Gliederung, durch häufige praktische Beispiele, durch viele Abbildungen und durch Zusammenfassungen, Wiederholungen und Rückblicke auf frühere Stoffgebiete unbedingt gerecht, ja, man kann sogar sagen, dadurch hebt es sich aus einer großen Anzahl von Mathematikbüchern heraus.

Hinzu kommt noch ein ansprechender Druck; wichtige Sätze und Worte sind gesperrt gedruckt und daher schnell erkennbar. Das Stichwortverzeichnis (14 Seiten) ist sehr ausführlich, und dies kommt dem anderen Zweck des Buches entgegen; es soll ja auch ein Nachschlagewerk sein, wo man ohne viel Umstände schnell seine mathematischen Lücken auffüllen kann. Natürlich widersprechen sich diese beiden Absichten teilweise und man merkt dem Buch den Kompromiß an. Denn für ein Repetitorium oder gar ein Formelbuch ist doch zuviel Text vorhanden, und der Verlag sollte öfters von Unterstreichungen und Einrahmungen Gebrauch machen. Diese Schwierigkeiten sind aber dem Verlag anscheinend bekannt, und so hat er das Wort Nachschlagewerk vermieden und sich auf das weniger eindeutige Wort Vademecum beschränkt. Alles in allem ist der „Doerfling“ ein Buch für „Praktische Mathematik“, also für solche gedacht, die ein gewisses Handwerkszeug benötigen, um die in ihrem Fach gestellten Probleme schnell lösen zu können. hjn

Dipl.-Math. Roland Schroeder:

Praktische Einführung in die Nomographie
völlig umgearbeitete Auflage. 148 S.
mit 102 Zeichnungen und 34 Tabellen.
Format 17 x 24,5 cm.

Carl Hanser Verlag, München 1965.

In glanzfolienkaschiertem Einband
14,80 DM. Vom Verband für Arbeitsstudien – REFA-e. V. empfohlene Schrift
(Lehrunterlage der REFA-Kurse „Nomographie“)

Gliederung des Buches: Tabelle, Graphische Darstellung, Leiter, Netztafel, Rechenschieber, Fluchttafel, Zusammengesetztes Nomogramm.



DICHTER . . .

Was brüllet so die Straße herauf
 Studentenmop drängt sich zu Hauf.
 Zum Studieren, da haben sie keine Zeit
 Der Staat bezahl't's ja – wie tut uns
 das leid!
 Sie müssen fordern und demonstrieren,
 Mal schweigend – mal laut, sie tun sich
 nicht zieren.
 Das soll nun Deutschlands Elite werden,
 Jagt sie hinaus in Ulbrichts Lager,
 denn Kugeln sind für sie noch zu schade

Anonym 7. 6. 67

Einem „on dit“ zufolge . . .

. . . konnte einem Kommilitonen, der eine neue Stellung für seine Freizeit suchte, auch vom Verein für Ehe- und Familienberatung e. V. nicht geholfen werden.

. . . hätte Minister Stoltenberg nicht wesentlich mehr sagen können, wenn er nicht gesprochen hätte.

. . . meint Prof. Wiegand, daß außer Seebohm, Lübke und Sukarno noch mehr Ingenieure Politiker werden sollten.

. . . soll auf dem nächsten Hochschulball nicht mehr getanzt werden, da dies unakademisch ist.

. . . konnte Magnifizenz deshalb nicht am Schweigemarsch teilnehmen, weil nur schwarze Fahrräder erwünscht waren.

. . . ergibt die Paarung von Kugellagern mit Rollenlagern in der ersten Generation nur Kugellager.

. . . UND DENKER

Sehr geehrte Herren,

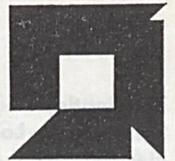
für die sachliche und verantwortungsbewußte Stellungnahme zum Fall Benno Ohnesorg in der „darmstädter studen-
 tenzeitung“ möchte ich Ihnen meine Anerkennung aussprechen. Sicherlich entspricht die Art Ihrer Berichterstattung mehr der Bedeutung der Situation als eine allzu leidenschaftliche Empörung.

Mit freundlichem Gruß
 gez. Max Bächer
 (nach Diktat verweist)

Original Jazzkeller
JAM-POTT 68
 DARMSTADT
 ALEXANDERST. 21-23 EINGANG
 GERMANENHOF HINTERHAUS

Freitags und Samstags
 ab 20 Uhr bekannte
 Jazz-Bands aller Stilarten
 s. Tagespresse
 Stud. erhalten Ermäßigung

THEATER



Das Landestheater Darmstadt sieht für die Spielzeit 1967/68 – die Anfang September beginnt – drei Uraufführungen, zwei deutsche Erstaufführungen und 16 weitere Premieren vor. Bei den Uraufführungen handelt es sich um die Einakter „Ithaka“ und „Etappe“ von Gottfried Benn und das Schauspiel „Das Kasperlspiel vom Meister Siebentot“ des Schriftstellers Albert Drach. Als deutsche Erstaufführungen kommen die Oper „L'Aiglon“ (Der junge Adler) von Arthur Honegger und Jaques Ibert und das Schauspiel „Ihm“ von E. E. Cummings heraus.

Als weitere Neuinszenierungen

Orangerie

Oper:

L'Infedelta delusa (Untreue lohnt nicht), Haydn
 Zaide, Mozart
 La finta semplice, Mozart
 Fra Diavolo, Auber
 Pariser Leben, Offenbach
 Die Fledermaus, Strauß
 Der Mantel – Gianni Schicchi, Puccini
 Elektra, Strauss
 Die Räuber, Klebe
 Wiederaufführung:
 Der Waffenschmied, Lortzing
 Cendrillon, Massenet
 Salome, Strauss

Schauspiel:

Nathan der Weise, Lessing
 Herodes und Mariamme, Hebbel
 Peer Gynt, Ibsen
 Spiel des Lebens, Hamsun
 Zwei Krawatten, Kaiser/Spoliansky
 Eines langen Tages Reise in die Nacht, O'Neill
 Katharina Knie, Zuckmayer
 Im Dickicht der Städte, Brecht
 Die Wände, Genet
 Wiederaufführung:
 Iphigenie auf Tauris, Goethe
 Die Neger, Genet
 Der Balkon, Genet

Theater im Schloß

Drei alte Männer, Benn
 Spiel, Beckett
 und Es hat nicht sollen sein, Shaw
 Unter Aufsicht – Die Zofen, Genet
 Amedéon oder Wie wird man ihn los?, Ionesco
 Wiederaufnahme:
 Ein Bericht für eine Akademie, Kafka

Abonnements für die neue Spielzeit nimmt ab sofort die Mietabteilung des Landestheaters, ehem. Großes Haus, Georg Büchner-Platz (Eingang von der Hochschul-Seite) entgegen täglich von 9–13 und 15–18 Uhr, außer Samstag-nachmittag. Studenten erhalten eine Preisermäßigung bis zu 50 Prozent. Theater-Prospekte der Spielzeit 1967/68 händigt kostenlos die Geschäftsstelle des AstA aus.

Christa Oppel

Schreib- u. Übersetzungsbüro

Dissertationen
Diplomarbeiten

DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Die Bockshaut

ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL

Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer

KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58

Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4

Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstr. 19

Am Kraftwerk der TH

wenn's um
Geld geht



Die richtige Verbindung **71361**

Sparkasse Darmstadt

Geschäftsstellen in Stadt und Land

»REISEBÜRO DARMSTADT« LUISENPLATZ 1

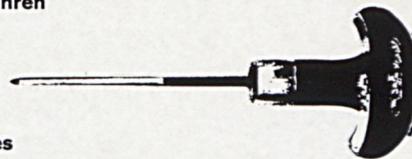
TEL: 70321 TEL: 77282

IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

Seit über hundert Jahren



Haußmann-Klischees
Darmstadt



Für Menschen mit eigener Meinung



Vorzugspreis für Studierende

monatlich DM 3,- bei Postzustellung

monatlich DM 3,65 durch Träger

Bestell- und Gutscheinkarten für eine 6-Tage-Probeflieferung erhalten Sie
beim ASTA der Technischen Hochschule,

Darmstadt, Hochschulstraße 1, Gebäude 11, Zwischengeschoß, Zimmer 164

Frankfurter Rundschau, 6 Frankfurt am Main 1 · Postfach 3685

BIER-WERRES

Darmstadt Tel. 72587 Kahlertstraße 1-3

Wir geben bekannt:

Ab sofort richten wir Clubräume und Gesellschafts- (Kneip)- räume ein. Wir stellen unseren Kunden Kühlmöbel.

Aus unserem Lieferprogramm

Flaschen- und Faßbiere:

Beck's Bier Deutsches Spitzenexportbier
Kronenbourg das Straßburger Bier von Weltruf
Weihenstephan staatl. Bayr. Staatl. Brauhaus
Pilsner Urquell das Echte aus Pilsen CSSR
Berliner Kindl Berlin
Bitburger das hervorragende Eifelbier
Tuborg Dänemark
Guinness Irish Stout Irland
Dortmunder Ritter Urtyp, das beste Dortmunder

außerdem Pfungstädter, Reichelsbräu Kulmbach, Löwenbräu München,
Henninger, Apostelbräu u. a.

sowie:

Elisabethenquelle	Libella
Kaiser Friedrich Quelle	Canada Dry Getränke
Apollinaris	Tonic Water
Fachinger	Apfelsaft
Pepsi Cola und Florida	Apfelwein Ginger Ale
Hohes C	Johannisbeersüßmost Traubensaft

Unser bekannt gutes Liefersystem und die Erfüllung der vielen Wünsche – soweit möglich – sind unser Erfolg.

Wann zählen auch Sie zu unseren Kunden?

Studentenheime, Verbindungen, Institute werden zu äußerst kalkulierten Großhandelspreisen beliefert.